

ZLTSCHRIFT FÜR DEUTSCH-POLNISCHE VERSTÄNDIGUNG

POLEN und wir



Zur Innenpolitik Polens

S. 3-8

„Polnische“ statt „Deutsche“ KZs - Ein Briefwechsel

S. 17-19

Ein deutsch-polnisches Fotografieprojekt

S. 25

Liebe Leserin, lieber Leser!

Polen ist im Umbruch, die neue nationalkonservative Minderheitsregierung möchte ein anderes Polen schaffen. Dazu will sie die bestehende III. Republik in eine neue, von allem Übergangs-Übel der Zeit von 1989-2005, „der Zeit des Paktierens von Solidarność-Aktivistinnen mit den Postkommunisten“, befreite patriotische und christlich-katholische IV. Republik überführen. Welche Gedanken damit verbunden sind, kann man in den Interviewauszügen mit dem Vorsitzenden des polnischen Episkopats, Erzbischof Józef Michalik lesen, der die letzten Wahlen ausdrücklich als reinigend charakterisierte. Vorher wird in einem allgemeinen Beitrag die Regierungsarbeit skizziert und in einem zweiten Beitrag beispielhaft aufgezeigt, wie man von Seiten der neuen patriotischen Kräfte die gereinigte patriotische Demokratie versteht. Deutlich wird aber auch, dass diese angestrebten Änderungen in Polen nicht widerspruchslos hingenommen werden, sondern aktiv versucht wird, sie zu verhindern. Die Zivilgesellschaft widerspricht.

Die Transformierung der Republik bringt bedenkliche, grundsätzliche Veränderungen mit sich, die zumindestens teilweise zu Stellungnahmen zwingen. Parteilichkeit ist dann gefragt, wenn Minderheitenrechte sowie grundlegende demokratische Rechte für aus Regierungssicht anderslautende und kritische Stimmen eingeschränkt oder sogar unterbunden werden sollen. Weil das auch für die deutsch-polnischen Beziehungen eine große Bedeutung hat, wird *POLEN und wir* diese Entwicklung aufmerksam verfolgen und gegebenenfalls kritisch kommentieren.

Zu kritisieren ist weiterhin das Festhalten von deutscher Seite am Zentrum gegen Vertreibungen. Wie dieses Zentrum inhaltlich gestaltet sein soll, damit setzt sich ein ausführlicher Beitrag auseinander. Soll die deutsche Geschichte relativiert oder sogar neu gewertet werden, ist auch in der Dokumentierung und Kommentierung eines Briefwechsels zwischen dem stellvertretenden Vorsitzenden der Deutsch-Polnischen Gesellschaft der BRD und der Süddeutschen Zeitung über die Frage: Heißt es „polnische“ oder „deutsche“ KZs? die Frage.

Wenn auch das politische Moment in dieser Ausgabe deutlich überwiegt, lassen Sie sich nicht davon abhalten, die anderen sehr interessanten Beiträge zu lesen.

Mit vielen Grüßen aus Bochum

Ihr Wulf Schade

Aus dem Inhalt

	Seite
Alles auf eine Karte	3
Niech nas zobaczą - Schaut uns an!	5-6
Bewahrung der katholischen und nationalen Identität	7- 8
Streit um Vertreibungszentrum geht weiter	9-11
Preußische Treuhand floppt	12
Ich sah den Namen Bosch	13-14
Treibgut in der Europäischen Union?	15-16
Am Scheideweg-Stiftung „Polnisch-Deutsch Aussöhnung“	16
Nicht nur für Polen kämpfend - Claus Weyrosta	20
„Ein Teil meines Herzens“ von Wanda Przybylska	21-22
Kann ich Helfen? - Freiwilligenjahr in Polen	23-24
Das Galizienmuseum in Kazimierz	27

Wichtige Adressen:

Geschäftsführung der Deutsch-Polnischen Gesellschaft der BRD: Manfred Feustel, Im Freihof 3, 46569 Hünxe, T: 02858/ 7137, Fax: 02858/ 7945

Unsere Gesellschaft im Internet: <http://www.polen-news.de>, e-Mail: dpg-brd@polen-news.de

Redaktion *POLEN und wir*: Wulf Schade, Wielandstraße 111, 44791 Bochum, T: 0234/ 51 23 84, e-Mail: w.schade@cityweb.de

Gesellschaft für gute Nachbarschaft zu Polen: c/o Klaus-Ulrich Göttner, Moldastr. 21, 10319 Berlin, Fax: 01212-5-305-70-560, e-mail: vorstand@guteNachbarn.de

Deutsch-Polnische Gesellschaft Bielefeld e.V./Jugendforum: Postfach 101 590, 33515 Bielefeld, Tel: 0179-36 11 968; Vorsitzender: Christian Hörnlein, Tel.: 0521/ 87 32 11; e-mail: info@dpg-bielefeld.de; im Internet: www.dpg-bielefeld.de

**DEUTSCH-POLNISCHE GESELLSCHAFT
DER
BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND E.V.**

1. Vorsitzender: Prof. Dr. Christoph Koch, Sprachwissenschaftler, Berlin - Stellv. Vorsitzender: Dr. Friedrich Leidinger, Psychiater, Hürth - Vorstand: Henryk Dechnik, Lehrer, Düsseldorf - Manfred Feustel, Steuerberater, Hünxe - Karl Forster, Journalist, Berlin - Dr. Egon Knapp, Arzt, Schwetzingen - Susanne Kramer-Drużycka, Germanistin, Bad Marienberg - Dr. Holger Politt, Gesellschaftswissenschaftler, Warschau - Wulf Schade, Slawist, Bochum

Beirat: Dr. Günther Berndt - Armin Clauss - Horst Eisel - Prof. Dr. sc. Heinrich Fink - Prof. Dr. Gerhard Fischer - Dr. Franz von Hammerstein - Christoph Heubner - Witold Kaminski - Dr. Piotr Łysakowski - Hans-Richard Nevermann - Eckart Spoo

Anschrift: Deutsch-Polnische Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland e.V., c/o Manfred Feustel, Im Freihof 3, 46569 Hünxe, Tel.: 02858/7137, Fax: 02858/7945

IMPRESSUM

POLEN und wir, Zeitschrift für deutsch-polnische Verständigung

ISSN 0930-4584 - K 6045

Heft 2/2006, 23. Jahrgang (Nr. 77)

Verlag und Herausgeber: Deutsch-Polnische Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland e.V.

Redaktion: Karl Forster, Dr. Friedrich Leidinger, Wulf Schade (V.i.S.d.P.), Prof. Dr. Eva Seeber, Werner Stenzel

Redaktionsbüro: *POLEN und wir*, Wulf Schade, Wielandstraße 111, 44791 Bochum, Tel.: 0234/ 512384, e-mail: w.schade@online.de

Lay-out: Wulf Schade, Bochum

Druck und Vertrieb: Stattwerk, Essen

Abonnentenverwaltung: Manfred Feustel, Im Freihof 3, 46569 Hünxe, Fax: 02858/7945

Bezugspreis: Einzelheft 3,00 €, Jahres-Abonnement 12 €. Inkl. Versand, Auslands-Abos 10,00 € zzgl. Versandkosten, Mitglieder der Deutsch-Polnischen Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland e.V. und der Deutsch-Polnischen Gesellschaft Bielefeld e.V. erhalten "Polen und wir" im Rahmen ihrer Mitgliedschaft

Postbank Essen, Konto 342 56-430, BLZ 360 100 43

Namentlich gekennzeichnete Beiträge stimmen nicht immer mit der Meinung der Redaktion oder der Herausgeberin überein. Für unverlangt eingesandte Manuskripte oder Fotos wird keine Haftung übernommen.

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe:

15. Mai 2006

Titelfoto: Aus der Serie "tropical islands" über ein deutsches Vergnügungszentrum zwischen Berlin und der Grenze zu Polen. Foto: Kai Ziegner, OSTKREUZ Schule für Fotografie (s.a. S. 23)

Alles auf eine Karte!

Von Holger Politt

Die ersten drei Monate unter neuer Regierung und die ersten Wochen unter dem neuen Präsidenten haben an und für sich wenig Überraschendes gebracht und doch ist die Verwirrung selten so groß gewesen. Das Regieren aus der Minderheitsposition fällt der PiS-Regierung unter Kazimierz Marcinkiewicz schwerer als vielleicht erwartet, weshalb Polens neuer Präsident frühzeitig zu erkennen gab, dass er die Option einer vorzeitigen Parlamentsauflösung, die ihm im Zusammenhang mit der Haushaltsverabschiedung verfassungsrechtlich ohne vorherigen Mehrheitsbeschluss des Parlaments zusteht, ernsthaft in Erwägung zog. Bis zum späten Nachmittag des 13. Februar - dann obsiegte die Option seines Zwillingbruders, der als PiS-Vorsitzender mittlerweile zum starken Mann in der Politik Polens aufgestiegen ist. Ihm gelang mittels eines Stabilitätspakts, die kleineren Parteien LPR (Liga der polnischen Familien) und Samoobrona ins Boot der Minderheitsregierung zu holen.

Für die Sicherung einer parlamentarischen Mehrheit zahlte der PiS-Vorsitzende einen kleinen Preis - die Aussicht, keine Neuwahlen auszuschreiben. Im Bunde mit seinem Präsidentenbruder gelang es ihm am letzten Tag der verfassungsmäßigen Frist noch einmal, den Preis zu drücken. Die Drohung, der Präsident könnte das Parlament auflösen, zwang die kleinen Stabilitätspartner auf die Knie. Sie unterschrieben einen Blankoscheck, worauf sie im Prinzip erklärten, im Rahmen des Paktes keine Gesetzesänderungsvorschläge gegen den PiS-Willen vorzunehmen. Das reicht einstweilen den Kaczyński-Brüdern Jarosław (Vorsitzender) und Lech (Präsident). Ob sie die Rechnung ohne Wirt gemacht haben, wird sich zeigen. Wollen sie tatsächlich ihre vierte Republik erreichen, müssten sie von jetzt an alles auf eine Karte setzen.

Der Stabilitätspakt nämlich, so meinen die meisten Beobachter an der Weichsel einhellig, werde das Jahr nicht überleben. LPR und Samoobrona haben das, was sie zu bieten hatten, veräußert. Ab jetzt werden sie nur noch Klotz am Bein sein. Da das Parlament sich von nun an für geraume Zeit (bis zur Haushaltsrunde in einem Jahr) nur noch selber auflösen kann (mit einfacher Mehrheit), sind sie im strategischen Spiel der PiS-Oberen ab sofort unbrauchbar geworden, da sie einer Selbstauflösung des Parlaments bei Gefahr des eigenen Untergangs nicht zustimmen können. Eine Selbstauflösung des Parlaments - genau das wäre die gewünschte Initialzündung für die vierte Republik - ist ab sofort nur noch mit Einwilligung der PO (Bürgerplattform) möglich. Bevor es dazu kommen könnte, müsste PiS seine Hausaufgaben machen - einen national-katholischen Block schaffen. Erstes Opfer wäre die LPR, die beinahe organisch in der übermächtig gewordenen Konkurrentin aufgehen könnte. Der Samoobrona müsste der

soziale Schneid abgekauft werden, denn alleine aus dieser Positionierung heraus zieht sie noch ihre Stärke, die ihr aktuell laut Umfragen sogar ein parlamentarisches Überleben verheißen könnte. Aber die prononcierte soziale Rhetorik der Marcinkiewicz-Regierung könnte sich als stark genug erweisen, auch wenn mit Ablauf der Zeit bei nüchterner Betrachtung sich herumsprechen könnte, auf welch dünnen Sand das alles gebaut wurde.

Der Ministerpräsident selbst kann ab sofort nicht mehr als ein bloßer Verlegenheitskandidat gelten, als der er bei Amtsantritt nicht nur in Oppositionskreisen angesehen wurde. Einerseits ist er laut Umfragen zum beliebtesten PiS-Politiker aufgestiegen, andererseits kann eine Auflösung des Parlaments über seinen Kopf hinweg eben auch nur noch erfolgen, wenn PiS und PO zusammengehen sollten. Für die nächsten Monate allerdings ein nicht zu erwartender Fall. Gelänge es ihm im Kabinett, seine Popularität in gefällige Politik umzumünzen, wäre er aus Sicht des national-katholischen Lagers einer der wichtigsten Garanten für die Aufrechterhaltung und den erhofften Ausbau des aktuellen Wählerhochs. Erforderlich wären bis zum Ende des Jahres 30% +x und möglichst ein kleiner Vorsprung vor der PO-Konkurrenz. Kleiner Vorsprung, weil die zusammengekommenen 60% der Wählerstimmen ausreichen könnten, um im Parlament die für Verfassungsänderungen erforderliche Zweidrittelmehrheit zu bekommen. Erst in einem solchen Fall, das wissen alle Akteure auf der rechten Seite nur zu gut, wäre der Weg zur vierten Republik im geltenden gesetzlichen Rahmen überhaupt möglich. Sogar mehr: er wäre dann möglich und das dürfte Verlockung genug sein - nicht nur in den Köpfen der PiS-Strategen.

Vierte Republik hieße formal Aufbau einer Präsidialrepublik und Einführung des

Mehrheitswahlrechts. Anstelle der heute im Parlament („verwirrenden“) existierenden Parteienvielfalt hätte es der Wähler („der Einfachheit halber“) nur noch mit zwei großen (einzig aussichtsreichen) Wahlblöcken zu tun - einem national-katholischen Block (um PiS herum) und einem liberal-konservativen Block (um die PO herum). Eine Aussicht, die beim Durchschnittswähler augenblicklich gar nicht einmal so unbeliebt ist!

Noch vor Jahresfrist galten PiS und PO als unzertrennbare Partner im konservativen Lager. PiS gab sich national-katholischer und erhielt kräftigen Aufwind nach dem Papsttod, die PO positionierte sich als „moderne Wirtschaftspartei“, die an liberalen Werten nicht gänzlich vorbeikommt. Gemeinsamer Hauptfeind der beiden Gruppierungen waren die „Postkommunisten“, die ein für alle Male von den Hebeln der Macht entfernt werden sollten. Und genau hier tauchte die Idee einer anderen Republik mit anderen Spielregeln auf, sollte doch eine Wiederholung von 1993 und 2001, als die Linke aus der Opposition heraus an die Regierungshebel gelangte, verhindert werden.

Die Parlamentswahlen 2005 brachten so gesehen eine Enttäuschung, wurde doch die beabsichtigte Zweidrittelmehrheit deutlich verfehlt. Seitdem beherrscht ein Spiel die politische Szene, wie es vor den Wahlen kaum jemand für möglich gehalten hätte. PiS und PO stilisieren sich seit Wochen und eindrucksvoll, weil in aller Öffentlichkeit, also ungeniert zu gegenseitigen Hauptfeinden hoch. Die Inszenierung einer unglaublichen Polarisierung beginnt zu wirken. Nutznießer sind - wen sollte es wundern - beide Gruppierungen. Hinter dem Ganzen steht aber nichts weiter als der erstrebte Weg zur vierten Republik, den nur beide gemeinsam gehen können.

Wie beim Kartenspiel auch besteht freilich die Gefahr des Überreizens. Etwa wenn der PiS-Vorsitzende und Präsidenten-Bruder die PO-Führung über Polens meistgelesenes Blatt „Gazeta Wyborcza“ des „anti-staatlichen (also staatsfeindlichen) Abenteuerturns“ bezichtigt. Viele Beobachter meinen mittlerweile, dass sich PiS und PO (bzw. deren Führungen) nach Schlamm-schlachten dieses Stils in absehbarer Zeit nicht mehr auf gemeinsame politische Projekte einigen werden können. Sie geben Entwarnung und halten der Kaczyński-Brüder vierte Republik mittlerweile eher für einen großen Bluff aus Wahlkampfzeiten. Sie übersehen nur, dass der gegenwärtig wichtigste politische Akteur Polens - das PiS-Lager - jetzt alles auf eine Karte setzt. Und die Versuchung ist groß. ○

Was geschah im April 1971?

Von Udo Kühn

Die Dokumentation Polen-Information besteht mittlerweile seit 36 Jahren. Sie ist ein wertvolles Findmittel für die geschichtliche wie auch politische Arbeit über die deutsch-polnischen Beziehungen ab den 70er Jahren. Ein Griff in die "Zeitschichtkiste" des Monats April vor 35 Jahren fördert eine Reihe von interessanten Informationen zum deutsch-polnischen Verhältnis und über das damalige Polen zu Tage. Insgesamt 50 Artikel und Meldungen unterschiedlicher Art und Quellen liegen in der "Dokumentation Polen-Information" ausgewählt, kommentiert und archiviert vor, die damals bereits ein halbes Jahr bestand.

Im Rahmen der neuen deutsch-polnischen Beziehungen nach dem Warschauer Vertrag vom 7. Dezember 1970 kann man hier die zunehmenden Kontakte zwischen den Ländern bzw. ihren Institutionen nachvollziehen. So findet man beispielsweise den Kulturaustausch zwischen den Städten Oberhausen und Krakau mit der erstmaligen Vorstellung preisgekrönter Filme der in beiden Städten in früheren Jahren durchgeführten Kurzfilm-Wochen als Sonderprogramm [1971 041505.KK], wie auch die zunehmende Nutzung von Reiseangeboten nach Warschau [1971 043003.DZ]. Ebenso interessant sind die Fundstellen über den Beginn der kontroversen Ratifizierungsdebatten, die sich noch bis zum 17. Mai 1972 hinzogen - das reichte bis zu Attentatsversuchen auf Politiker: "...Die Motive gleichen sich fatal: der 20jährige Gärtner Carsten Eggert, der mit einem feststehenden Messer den Bundespräsidenten umbringen wollte, der 21jährige Krankenpfleger Ekkehard Weil, der einen russischen Wachsoldaten am sowjetischen Ehrenmal anschoß, der Mann, der in La Paz mit den Fäusten auf Außenminister Scheel losging - sie alle wollten auf ihre Weise ‚politischen Widerstand‘ leisten..." [1971 041601.DZ]

Parallel dazu werden die Realitäten der Familienzusammenführung bzw. deutschstämmigen Aussiedler aus Polen dokumentiert. Eifrig wurde gezählt, wie viele im "Grenzdurchgangslager Friedland" ankamen. "Vor 25 Jahren [1945/46] stießen in der Nähe des kleinen Dorfes Friedland die britische, amerikanische und sowjetische Besatzungszone zusammen. Diese geographische und politische Mittelpunktslage veranlaßte damals die britische Besatzungsmacht, in diesem Dörfchen die Ställe eines Versuchsgutes der Universität Göttingen in ein Lager umzuwandeln, das ‚zur Erfassung, Verpflegung, vorläufigen Unterbringung und Weiterleitung von Vertriebenen, Flüchtlingen, Evakuierten und Heimkehrern dienen sollte‘. Seitdem haben

mehr als 2,5 Millionen Menschen das Provisorium passiert..." [1971 043007.PUB]. Ebenso interessant sind dann da auch Dokumente über die Heimatvertriebenen-Problematik zu finden, die scheint bis heute noch immer nicht völlig gelöst wurde. Hierzu nur eine Episode aus dem April 1971: "Der niedersächsische Minister für Bundesangelegenheiten hat dem Lagerpersonal des Grenzdurchgangslagers Friedland verboten, unter den neuankommenden Polen-Aussiedlern Mitgliederwerbung für Vertriebenenverbände zu betreiben... Der offen eingestandene Beweggrund dieser Maßnahme ist es zu verhindern, daß die Neuankömmlinge gegen die Ostpolitik der Bundesregierung indoktriniert werden..." [1971 042301.DZ].

Die Informationen aus den ausgewerteten Zeitschriften finden sich so gut sortiert in knapp 30 Themenbereichen: Antisemitismus, Deutschlandpolitik Polens, Familienzusammenführung, Aussiedler, Literatur, Ostpolitik der BRD, Polen im Ausland, Wirtschaftsbeziehungen, Zentralkomitee der PVAP, Politbüro usw. usw.

Aber nicht nur für Sach- sondern auch Personalinformationen ist die "DOKUMENTATION POLEN-INFORMATION" eine wichtige Quelle. So findet man beispielsweise zu folgenden Personen Informationen:

HANS BERGER, ehemaliger deutscher Botschafter, wurde "in die Wüste geschickt", weil er gegen die Ostpolitik der Bundesregierung Stimmung gemacht habe; so berichtete der "Bayernkurier", das Sprachrohr von Franz Josef Strauß (1915-1988), in einem ausführlichen Artikel [1971 040301.BAY]. Ein Presseorgan der Vertriebenen setzte Anfang 1972, in der heißen Phase der Ratifizierungsdebatte, noch eins drauf: "Mit Erschrecken könne man feststellen, daß die Lösung, die nach den Verträgen von Moskau und Warschau dem deutschen Volk angeboten werde, alle Ungerechtigkeiten des Versailler Vertrages weit in den Schatten stelle... ..dies erklärte

der ehemalige Botschafter der Bundesrepublik Deutschland beim Vatikan, Dr. Hans Berger..." [1972 011306.BBB].

ANDRZEJ CZECHOWICZ sorgte für Irritationen. "...Die Demarchen folgen auf eine Periode vehementer Propaganda, die Anfang März [1971] einsetzte. Damals wurde ein polnischer Spion, Andrzej Czechowicz, tagelang benutzt, um Rolle und Funktion von Radio Free Europe in den schwärzesten Farben zu schildern..." [1971 060202.NZZ]. Das schweizer "Zeitbild" versucht zu klären, "Warum ein unentdeckter Auftrag abgebrochen wurde" [1971 040701.ZB].

BOLESŁAW KOMINEK, Erzbischof in Breslau hat eine Einladung der Katholischen Akademie Trier angenommen, auf einer Tagung im Mai über die Situation der Katholischen Kirche in Polen zu sprechen [1971 043006.PUB].

GOTTHOLD RHODE (1916-1990), Professor in Mainz, wurde im damaligen Polen sehr kritisch betrachtet, hat er doch seine wissenschaftliche Tätigkeit auf dem Gebiet der Osteuropa-Forschung bereits im "Dritten Reich" begonnen. So war es 1971 bemerkenswert, daß die polnische Wochenzeitung "Wiadomości" ein Interview mit Professor Rhode brachte [1971 041507.KK]. Er gehörte dann auch der gemischten Kommission von Historikern und Geographen aus Polen und der BRD an, die 1972 zwecks der Schulbuchrevision gebildet worden war [1977 0300101.POW].

Als Informations- und Dokumentationsquellen wurden damals bereits folgende Zeitungen ausgewertet: Bayernkurier [BAY], Bielitz-Bialaer Beskidenbriefe (Unser Oberschlesien) [BBB], Darmstädter Echo [DE], Der Spiegel [SPI], Die Kommenden [KOM], Die Zeit [DZ], Kulturpolitische Korrespondenz [KK], Neue Zürcher Zeitung (Schweiz) [NZZ], Polnische Wochenschau (Polen) [POW], Publik [PUB], Stern [ST], werk und leben [W&L], Zeitbild (Schweiz) [ZB], bis heute sind noch viel andere dazugekommen, z.B. auch POLEN und wir.

Das Originalquellenmaterial wurde dem "Deutschen Polen-Institut" in Darmstadt als Leihgabe von der "Dokumentation Polen-Information" zur Verfügung gestellt, kann dort recherchiert und eingesehen werden. Für das "Deutsche Polen-Institut" siehe auch im Internet unter: www.deutsches-polen-institut.de. Die Archivierung wurde im Status eines Bandkatalogs im Übergang zu einzelnen Tagesmappen vorgenommen. Für die "Dokumentation Polen-Information" siehe auch im Internet unter: www.dok-pol-inf.de. ○

Niech nas zobaczą!

(Schaut uns an!)

Trotz neuer Gesetze kein Ende der alten Vorurteile gegenüber sexuellen Minderheiten

Von Christiane Thoms

Polen gehört seit dem 1. Mai 2004 zur EU. Um dazu zugehören, musste das Land, wie alle anderen Mitgliedsstaaten auch, die Europäische Menschenrechtskonvention unterzeichnen. Mit der Umsetzung dieses Abkommens scheint es aber zu hapern. Auf Druck der Europäischen Union haben mehrere osteuropäische Beitrittskandidaten Gesetze abgeschafft, die Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung diskriminieren. Doch selbst in den Ländern, in denen gleichgeschlechtliche Liebe nicht mehr unter Strafe gestellt ist, sehen sich Homosexuelle oft mit Hass, Gewalt und Unverständnis konfrontiert. Organisationen, die sich für die Rechte von nicht-heterosexuellen Menschen einsetzen, entwickeln sich nur langsam und werden vielfach von staatlicher Seite behindert.

Auch Polen gehört zu den osteuropäischen Ländern, die Homosexualität als Straftatbestand aus dem Gesetzbuch gestrichen haben. Im Zuge der Regierungsneubildung im letzten Jahr in Polen hat sich jedoch die Situation für Lesben, Schwule und Transgender immens verschärft. Der neue Präsident, Lech Kaczyński (PiS), sprach nach

den Homosexualität als etwas Unnatürliches. Menschen, die sich zu ihrer gleichgeschlechtlichen Liebe bekennen, werden als Angriff auf fundamentale Werte betrachtet. Aus Angst vor Repressalien verschweigen viele deshalb ihre sexuelle Orientierung. Die Berliner Zeitung titelte: "Es war nie einfach, in Polen schwul zu sein. Seitdem

bilden, sondern aufeinander angewiesen sind. Die Interessenformulierung und das politische Handeln sind dabei als Faktoren für genau diese Festigung der Demokratisierung zu sehen. Wie die in der polnischen Zivilgesellschaft formulierten Partizipationsansprüche einer sexuellen Minderheit bewertet und von der politischen Gesellschaft aufgenommen und verarbeitet werden, zeigt beispielsweise die am "Toleranzmarsch" entfachte Debatte.

Wie den polnischen Medien im November 2005 zu entnehmen war, wurde der am internationalen Tag der Toleranz geplante "Toleranzmarsch" von offizieller Seite in Poznań verboten. Der ordnungsgemäß angemeldete und zuerst genehmigte "Toleranzmarsch" wurde erst nach massivem Druck von Vertretern der regierenden konservativ-populistischen PiS (Recht und Gerechtigkeit) und der rechtsnationalistischen LPR (Liga der Polnischen Familien) verboten. Als Gründe für das Verbot waren die "Bedrohung der Werte" sowie die "Gefahr der öffentlichen Sicherheit" zu hören und zu lesen.

Dennoch fand am 19.11.2005 eine der Toleranz, Solidarität und Antidiskriminierung gewidmeten Demonstration statt, zu der die polnischen Grünen, feministische sowie lesbisch-schwule Organisationen aufgerufen hatten. Es bleiben Bilder einer von der Polizei gewaltsam aufgelösten Demonstration mit rund 65 Festgenommenen. Diese festgenommenen TeilnehmerInnen des Toleranzmarsches sind inzwischen durch ein bemerkenswertes Gerichtsurteil straffrei wieder freigelassen worden.

Sowohl Polen als auch Deutschland, Österreich, Italien und die Schweiz haben auf die durch den Toleranzmarsch entfachte Debatte entsprechend reagiert.

Amnesty International (AI) zeigt sich über das intolerante Klima in Polen gegenüber Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgender besorgt. In einem entsprechenden Statement spricht AI nicht nur die in Warschau verbotenen Demonstrationen in den Jahren 2004 und 2005 an, sondern gibt auch die offen homophobe Sprache der polnischen PolitikerInnen, den homophoben Hass sowie die homophobe Gewalt von rechten Gruppierungen in Polen zu bedenken. Außerdem zeigt sich AI sehr besorgt über die Abschaffung der "staatlichen Behörde für Gleichbehandlung und sexuelle Minderheiten".

Der vertretende Botschafter Polens in der Schweiz erklärte, es gäbe keine Diskriminierung von Lesben und Schwulen in Polen. Die zuständige Behörde habe aus Rücksicht auf die Bevölkerung gehandelt, die die Grenze zwischen Pädophilie und



"ZOMO! Gestapo!" riefen die TeilnehmerInnen am Toleranzmarsch der brutal einschreitenden Polizei entgegen. Zuerst bewarfen Zuschauer, die Allpolnische Jugend - eine rechtsextreme Jugendorganisation, die der PiS nahesteht - und Neofaschisten, die DemonstrantInnen mit Eiern, dann schritt die Polizei gegen letztere (!) ein. 65 Personen wurden festgenommen.

„Ich unterstütze Gleichheit, Freiheit und Demokratie“ - eine auf der Demonstration am 19.11.2005 in Poznań getragene Losung - Foto: www.foto.rozbrat.org

seiner Wahl von einer vierten Republik, von einer neuen Zeit, die jetzt beginne.

Kein Klima für „Andere“

Das Wahlergebnis in Polen scheint ein Sieg für die Rechten und eine Niederlage für das Demokratieverständnis zu sein: Durch ein stilles Bündnis der nationalkonservativen Partei "Recht und Gerechtigkeit" (PiS) mit der Samoobrona und der "Liga der polnischen Familien" (LPR) regiert nun eine Minderheitsregierung. Mit 40 Prozent verzeichnete das Land die schwächste Wahlbeteiligung seit 1989.

Laut einer Meinungsumfrage betrachten fast neunzig Prozent der Polen und Polin-

das Land einen neuen Präsidenten hat, ist es noch viel schwieriger geworden". In diesem Zeitungsartikel kommt der Chef des polnischen Schwulenverbandes, Szymon Niemiec, zu Wort: "Es geht nicht nur um die Rechte der Homosexuellen, sondern um die Demokratie an sich".

Es stellt sich an dieser Stelle unweigerlich die Frage, inwiefern Organisationen, Debatten und Wertorientierungen im Stande sind, die Demokratie zu festigen. Eine große Teilhabe am Demokratisierungsprozess würde in diesem Fall bedeuten, dass die formelle Demokratie und eine aktive Zivilgesellschaft als Ort gesellschaftlicher Auseinandersetzungen keinen Gegensatz

Homosexualität nicht ziehen könne. Darauf zeigte sich die Berner Nationalrätin der Sozialdemokratischen Partei (SP), Margret Kiener Nellen, entsetzt und wies darauf hin, dass in diesen Fällen der polnische Staat erst recht Aufklärungsarbeit zu leisten hätte.

Eine Richtlinie des Vatikans

Die rechtskonservativen Kräfte in Polen bekamen für ihren Kampf gegen „Andere“ argumantative Schützenhilfe. Noch im gleichen Monat, als der „Toleranzmarsch“ in Polen verboten wurde, hat der Vatikan ein umstrittenes Richtlinienokument über die Nicht-Zulassung von Homosexuellen zum Priestertum veröffentlicht, welches vom Präfekten der Kongregation für katholische Bildung, Kardinal Zenon Grocholewski, unterzeichnet wurde: "Es geht darum, ob Kandidaten, die tief-sitzende homosexuelle Tendenzen haben, für das Priesterseminar und zu den heiligen Weihen zugelassen werden sollen oder nicht. (...) Der Katechismus unterscheidet zwischen homosexuellen Handlungen und homosexuellen Tendenzen. Bezüglich der homosexuellen Handlungen lehrt er, dass sie in der Heiligen Schrift als schwere Sünden bezeichnet werden. Die Überlieferung hat sie stets als in sich unsittlich und als Verstoß gegen das natürliche Gesetz betrachtet. Sie können daher in keinem Fall gebilligt werden. Die tief sitzenden homosexuellen Tendenzen, die bei einer gewissen Anzahl von Männern und Frauen vorkommen, sind ebenfalls objektiv ungeordnet und stellen oft auch für die betroffenen Personen selbst eine Prüfung dar. Diesen Personen ist mit Achtung und Takt zu begegnen; man hüte sich, sie in irgendeiner Weise ungerecht zurückzusetzen. (...)". Dieses Dokument erschien dem Vatikan scheinbar notwendig, nachdem Repräsentanten der Kirche in den USA, Brasilien, Österreich und Polen in sexuelle Skandale verwickelt waren sowie Studenten mit offensichtlichen homosexuellen Neigungen als Priesteramtskandidaten in den Vereinigten Staaten akzeptiert wurden. Diese Praxis soll nach päpstlichem Willen damit aufhören.

Die Weisungen des Vatikans blieben nicht ungehört. Scharfe Kritik erntete dieses Vatikan-Dokument beispielsweise von den italienischen ParlamentarierInnen der oppositionellen Linksdemokraten. Sie warnen vor einer "Verteufelung" der Homosexuellen. Der Präsident des italienischen Verbands für die Rechte der Homosexuellen, Grillini, gab zu bedenken, dass diese homosexuellenfeindliche Moral nicht einmal von der Mehrheit der KatholikInnen geteilt werde. Die schweizer Bischofskon-

gen begrüßte den Inhalt des Dokuments und unterstrich die Schuld der Homosexuellen, die Institution der "natürlichen Familie" zu untergraben. Auch der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Lehmann, hatte das Dokument sehr begrüßt.

Diskriminierende Einstellungen in der Diskussion

"Das Ende der normalen Familie", "Homo ist auch ein Mensch", "Der verachtete Homo" titelten die polnischen Zeitungen im letzten Sommer. Die Aktion "Sollen sie uns doch sehen" von der Organisation "Kampagne gegen Homophobie" war wohl der erste Höhepunkt innerhalb einer Debatte, die ganz Polen beschäftigt. Auf Plakaten und in Galerien wurden Fotos lesbischer und schwuler Paare gezeigt, die sich mal scheu, mal offen in die Kamera lächelnd an den Händen hielten. Die Reaktionen waren vielsagend: In Krakau wurde eine Galerie kurz nach der Ausstellungseröffnung wieder geschlossen und Plakate mit Farbe über-gossen. Zivilgesellschaftliche Akteure haben sich seit 1989 in Polen stark vermehrt und institutionalisiert. Öffentlich-rechtliche sowie private Rundfunk- und Fernsehsender und einige Zeitungen sorgten bisher immer mehr für eine Spiegelung öffentlicher Debatten. Doch seit diesem Jahr hat Polen einen neuen Rundfunkrat. Mit einer Eilabstimmung im Parlament sägte die PiS die alte neunköpfige Medienaufsicht ab. Der neue fünfköpfige Rundfunkrat kontrolliert die gesamte Fernseh- und Hörfunklandschaft, vergibt Sendelizenzen an kommerzielle sowie gesellschaftliche, religiös orientierte Programme und kann in die Berichterstattung eingreifen. "Verfassungswidrig", urteilt Andzej Zoll und Verleger vieler großer Zeitungen warnen vor der Gefahr einer möglichen gelenkten Berichterstattung. Inwiefern die polnische Zivilgesellschaft frei und lebendig ist und inwiefern sie nun

Bürgerprotest gegen die Ereignisse in Poznań am 19.11.2005

Der Verlauf der Ereignisse anlässlich des (verhinderten) Toleranzmarsches, der am 19. November 2005 in Poznań zum Internationalen UNESCO-Tag der Toleranz stattfinden sollte, zeigt, dass in Polen sowohl das Menschenrecht wie auch die Grundlagen der Demokratie gebrochen werden. Eine der wichtigsten Grundlagen der Demokratie besteht darin, dass man keine friedlichen Demonstrationen verbieten darf, auf denen für die eigenen Ideen oder Einstellungen eingetreten wird. Der Gleichheitsmarsch hätte Bestätigung und Stütze für diese demokratischen Grundlagen sein können.

Aus ideologischen Gründen hat aber die Stadtregierung den Marsch verboten. Offiziell berief sie sich auf die Sicherheit und Ordnung, aber das war nur ein Trick und Vorspiel, denn die Ordnungskräfte wurden in einer solch großen Zahl mobilisiert, dass die Demonstration ohne Schaden hätte stattfinden können. (...)

Im Gegenteil: Es waren gerade die Teilnehmer des Marsches, die nicht nur von Seiten homofober und aggressiver Gegen-Demonstranten Attacken ausgesetzt waren, sondern auch - wie Zeugen aussagen - von Seiten der Polizei, die in den Polizeiautos Festgenommene schlugen. Halten wir auch fest, dass am 11. November die rechtsextreme Organisation ONR, antisemitische und rassistische Losungen schreiend, ungestört unter Begleitung der Polizei durch Częstochowa marschierte, obwohl diese Demonstration mit Sicherheit keinen friedlichen Charakter hatte.

Die Entscheidung über das Verbot des Marsches in Poznań ist ein weiterer Schritt gegen das in der Verfassung der Republik Polen und der Europäischen Union garantierte Recht, das die Diskriminierung verbietet und allen Bürgern die Meinungs- und Versammlungsfreiheit garantiert.

Wir widersprechen dem fortschreitenden Prozess der Beschneidung und des Bruchs der Menschenrechte in Polen ausdrücklich. Wir wollen in einem Staat leben, der die gleiche Behandlung aller Bürger ohne Rücksicht auf Alter, Geschlecht, sexuelle Orientierung, Hautfarbe, religiöses Bekenntnis oder politische Ansichten garantiert - und diese Garantie wertschätzt. Polen ist ein Land der Diskriminierung. Damit finden wir uns nicht ab.

(Dieser Protest wurde einen Tag nach der Demonstration von Hunderten Polinnen und Polen unterschrieben und veröffentlicht; <http://pl.indymedia.org/pl/2005/11/16997.shtml>, 27.2.2006)

ferenz hielt in ihrer Stellungnahme zum Vatikan-Dokument unter anderem fest: "Im Mittelpunkt unserer Abklärungen zur Zulassung zum Priesteramt steht nicht die sexuelle Orientierung, sondern die Bereitschaft zur konsequenten Christusnachfolge." Umberto Bossi von der rechtspopulistischen Regierungspartei Lega Nord dage-

zur demokratischen Konsolidierung beiträgt, zeigt beispielsweise der NGO-Sektor (NGO-Nicht-Regierungs-Organisation).

Lambda, die erste Schwulen- und Lesbenorganisation in Polen konstatiert in ihrem "Bericht zur Diskriminierung", dass "75 Prozent der Homosexuellen in Polen ihre Neigung am Arbeitsplatz verheimlichen". Robert Biedron, der führende Aktivist der Organisation und erste polnische Politiker, der sich öffentlich zu seiner sexuellen Orientierung bekannt hat, erklärte: "Das ist die Angst vor dem gesellschaftlichen Druck, dem Verlust von Anerkennung und dem, was es nach sich zieht, nämlich finanzielle Nachteile".

Unter Berücksichtigung der Tatsache, dass sich innerhalb Europas verschiedene Formen der Demokratie historisch entwickelt haben, zeigt sich das Grundproblem der Demokratie immer im Spannungsverhältnis zwischen Freiheit des Einzelnen und seiner Bindung an die Gesamtheit (Staat und Gesellschaft). Demokratie versteht sich somit nicht als eine Summe formaler Verfahrensvorschriften, sondern bestimmt sich von ihrem inhaltlichen Ziel her, unter den jeweiligen historischen und gesellschaftlichen Bedingungen das größtmögliche Maß an Freiheit, Eigenverantwortung und sozialer Gerechtigkeit zu verwirklichen.

Inwiefern besteht nun in Polen eine demokratisch politische Kultur, in der die Menschen am politischen Entscheidungsprozess teilnehmen? Sind dessen Prozeduren überhaupt durchlässig genug, um Partizipationsansprüche sozialer Gruppen und sexueller Minderheiten aufzunehmen?

Polen hat mit dem Beitritt zur EU den europäischen Grundwerten von Nichtdiskriminierung, Gleichheit und der Versammlungsfreiheit zugestimmt. So verbietet Artikel 21 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union Diskriminierungen aufgrund sexueller Orientierung. Fast zwei Jahre nach dem EU-Beitritt scheint momentan die Debatte der Diskriminierung von sexuellen Minderheiten zwar sichtbar, aber noch im Anfangssumpf stecken geblieben zu sein.

Wie stark die Umsetzung eines Rechts gefordert wird, ist ein Gradmesser für die jeweilige Festigung der Demokratie. Vielleicht sind ja Kursänderungen sehr wesentlich, um autoritäre Einstellungen und die damit verbundenen Diskriminierungen wirksam zu verarbeiten? Die öffentliche Debatte und die Enttabuisierung von Homosexualität in Polen legt dieses jedenfalls nahe. ○

Bewahren wir unsere katholische und nationale Identität

Mit dem Vorsitzenden der Konferenz des Polnischen Episkopats, Seine Exzellenz Erzbischof Józef Michalik, Metropolit von Przemyśl, spricht Mariusz Kamieniecki.

Das vergangene Jahr war reich an vielen bedeutenden Ereignissen in Polen aber auch im Ausland. Auf welches würde Exzellenz eine bedeutende Aufmerksamkeit lenken und warum?

(.....) Ein wichtiges und gleichzeitig sehr schmerzhaftes Ereignis für uns Polen wie für die ganze Welt war der Tod des Papstes.

(...) (In) Polen kann man bereits diesen guten und Hoffnung erzeugenden Prozess der Reinigung erkennen, der in den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen seinen Ausdruck fand. Es ist ein Prozess der Reinigung durch die Demaskierung einer falschen Politik, von Strukturen und Ereignissen, die sich ständig verschlimmerten und skandalträchtiger wurden, ein Prozess, der sichtbare Früchte in der Belebung und der Übernahme von Verantwortung durch die Gesellschaft trug. Ich denke, dass durch das Wahlergebnis einerseits der Teil der politischen Szene sichtbar wurde, der den Polen näher steht, andererseits machte er die Unreife einiger politischer Eliten deutlich, die nicht durch das aufgrund der Wahl erstandene Prisma "Was ist gut für Polen? Für das Vaterland? Was für den einfachen Menschen?" schauen können. Die Schlussfolgerung daraus ist für mich sehr einfach. Die Demut und die tägliche Tugend sind eng miteinander verbunden. Das ist ein Wert, den es ständig zu fördern gilt und den man täglich von neuem lernen muss, ohne den von Kultur im täglichen Leben, sowohl im gesellschaftlichen wie im politischen, keine Rede sein kann. (.....)

[Das Ende des Jahres 2005 war mit einem Besuch der polnischen Bischöfe "ad limina Apostolorum" im Vatikan verbunden.] Einen großen Raum widmete der Heilige Vater (Benedikt XVI.-d. Übers.) in seiner Botschaft den Laien im Leben der Kirche. Er sagte u.a., dass "eine der bedeutenden Aufgaben, die sich aus dem europäischen Integrationsprozess ergibt, darin besteht, sich mutig um die Bewahrung der katholischen und nationalen Identität der Polen zu sorgen". Bedeutet das, dass die durch die Jahrhunderte tief im Glauben verwurzelten und aufs Engste mit der Tradition und der Kirche verbundenen Polen eine besondere Rolle bei der Evangelisation des verweltlichten Europa spielen?

Ich bin immer bemüht, nüchterner Beobachter des Lebens zu sein und ich fürchte mich vor einem Messianismus - auch in polnischer Ausgabe, der sich darin ausdrückt, dass gerade wir ein besonderes Volk sind, das eine bedeutende Mission zu erfüllen hat. Wir haben aber als Polen dieselbe Mission zu erfüllen wie alle Menschen auf der Erde, denn wir alle sind von Gott geschaffen. Diese Aufgabe besteht in der Realisierung eines Ideals, das uns der Schöpfer ins Herz pflanzte. Man muss sich dieser Aufgabe mehr aus dem Gefühl der Verantwortung stellen und nicht aus einer höheren Warte gegenüber anderen. Dagegen verlangt, bittet und fleht das kranke Europa geradezu nach Bestätigung fester Werte und Grundsätze. Wenn man heute feststellt, dass in 17 europäischen Ländern ein demografisches Tief und ein Mangel an natürlichem Zuwachs besteht, dem eine Generation entspricht, heißt das praktisch, dass Europa ausstirbt. Und wenn man weiter feststellt, dass das Land auf dem Kontinent, das die höchste Geburtenrate besitzt, das islamische Albanien ist, so muss man ernsthaft darüber nachdenken, wohin das alles führt

Schauen wir diesbezüglich auf Polen. Man muss nämlich ohne wenn und aber offen sagen: Polen stirbt aus! Weshalb erstarb die Liebe zum Kind? Wohin verflüchtete sich die Liebe zu Aufopferung und Mühe...? Das ist besorgniserregend, denn es erstarb nicht nur die Liebe zum empfangenen oder noch nicht empfangenen Kind, sondern sie erstarb ebenso gegenüber jedem Kind und jedem Menschen. In Europa starb die Liebe zu den Kindern, die in Afrika und anderen Kontinenten Hungers sterben. Hier gibt es Aufgaben, die es zu verwirklichen gilt. Auf dieses große menschliche Leid, das vor unseren Augen geschieht, kann man nicht gleichgültig schauen oder als Problem ignorieren, denn es existiert wirklich und berührt uns immer mehr. Der Heilige Vater, der ein Evangelium der Liebe verkündet, dient dieser Sache mit Liebe und lenkt die Aufmerksamkeit darauf, dass man über alle diese Probleme offen sprechen muss. Ich bin davon überzeugt, dass er darüber nicht nur mit uns, sondern auch mit allen Bischöfen der verschiedenen Länder spricht.

Wie soll die Kirche in Polen diese Aufgabe in Angriff nehmen?

Vor allem mit Verständnis und Vertrauen den Menschen gegenüber, durch Entwicklung ihres Verantwortungsgefühls in ihren Herzen, von Vertrauen in Gott, durch das Gebet, aber auch durch die Mühe der Verkündigung der Wahrheit darüber, was gut und was schlecht ist. Ich denke, dass die in der obigen Frage zitierten Äußerungen des Papstes, meiner Meinung nach, die interessantesten unter denen waren, die Benedikt XVI. gegenüber den polnischen Bischöfen bei ihrem Besuche "ad limina Apostolorum" sprach. Es ist von großer Bedeutung, dass der Papst mit Nachdruck auf die Sorge um die Bewahrung der katholischen und nationalen Identität der Pole hinwies. Heute herrscht ein ideologischer Krieg um die Gestalt Europas, wie wir es bauen wollen. Scheinbar gibt es bereits eine Europäische Union, das heißt eine Annäherung der Länder unseres Kontinents, und das ist sehr gut, aber es dauert eine Diskussion an, ob sie ein durch eine Superregierung unifiziertes Europa sein soll, oder ein Europa, das aus der Identität der einzelnen Völker besteht. Und hier freue ich mich sehr, dass der Heilige Vater den Mut hat zu sagen: Schämt euch nicht Katholiken, Polen zu sein und bewahrt eure Identität im Glauben, weil der Katholik gegenüber jedem Menschen offen ist. Und als Katholiken müssen wir Menschen mit einem weiten Blick und großer Achtung gegenüber Gläubigen anderer Religionen und gegenüber Nichtgläubigen sein. Der Papst will uns sagen, dass wir uns als gläubige Menschen und ebenso als Polen nicht schämen müssen, dass wir dieses Volk sind. Mehr noch sind wir verpflichtet, diese Bürde auf uns zu laden, so wie Jesus sich nicht schämte, dass er Jude war und er die Bürde der Sünden dieses Volkes und unser aller auf sich lud. Auf diese Weise gab er ein Beispiel, dem wir zu folgen haben. Ja, wir haben viele Schwächen und verneinen das nicht, aber wir halten Verbindung mit unserer Erde, unserer Tradition, denn dorthier stammt das Lebenselixier unserer Identität. Wenn wir das selbst zurückweisen und uns dem Willen anderer unterordnen, indem wir die "Früchte" der französischen Revolution oder anderer Ideologien nutzen, die uns die verweltlichten Milieus des Westens oder Ostens anbieten, dann können wir unsere eigene Identität verlieren, die wir über Generationen entwickelt haben. Wir, die Polen, besitzen als Volk seit über Tausend Jahren bewährte Traditionen. Warum dann suchen, herumirren, wenn man in diesen schwierigen Zeiten einen festen Weg gehen kann, einen Weg, der uns

fehlerfrei zum Ziel führt. Wenn man nun zu den Worten des Papstes, von Haus aus ein Deutscher, zurückkehrt, kann man sie als ein Ehre für die gesamte Geschichte des polnischen Volkes und Polens verstehen. (...) *(Der heilige Vater) sprach auch über die Verteidigung des menschlichen Lebens. Er dankte allen, die sich auf dem Gebiet der Erziehung und der Vorbereitung auf das Ehe- und Familienleben engagieren sowie sich für die Verteidigung des Lebens eines jeden menschlichen Wesens von Beginn der Empfängnis bis zum natürlichen Tod hin einsetzten. Gleichzeitig gewinnt die "Zivilisation des Todes", auch in Polen immer mehr an Boden. Es reicht, nur an den Versuch zu erinnern, die Homosexualität zu fördern, beispielsweise durch die Organisierung so genannter Gleichheitsmärsche. Wie dringlich ist es, das menschliche Gewissen zu entwickeln - nicht nur in Polen, damit die Notwendigkeit zur ernsthaften, verantwortungsvollen und kompromisslosen Bewahrung einer Zivilisation des Lebens erkannt wird?*

In den letzten Monaten griff die italienische Presse, aber nicht nur sie, den Papst dafür scharf an, dass er zu Beginn der Bischofssynode ausdrücklich über grundsätzliche Rechte sprach, die in der Natur des Menschen liegen, auf die man sich berufen muss und die über dem von der weltlichen Gewalt festgelegte positiven Recht stehen. Der Papst sagte u.a., dass auf dieses Recht niemand Einfluss nehmen kann, denn es ist das Recht Gottes, eingeschrieben in die Natur des Menschen. Der Standpunkt des Papstes hat einigen Kreisen nicht sehr gefallen. Und hier besteht das Problem, ob der Staat oder irgendeine "fortschrittliche Gruppe", die auf die Massenmedien Einfluss haben, eine Ideologie lancieren dürfen, die danach strebt, das Naturrecht zu ändern. Kann man alle gleich stellen, kann man z.B. ein Kind einem Erwachsenen gleichstellen? ... Wenn man übe die gleiche Würde eines Kindes und eines Erwachsenen spricht, darf man nicht vergessen, dass ein Kind Schutz und Hilfe benötigt, um ein erwachsener, reifer Mensch zu werden. Heute, wo eine "kranke" Moralität auf dem Gebiet der sexuellen Ethik Mode ist, wo Europa stirbt, einzelne Länder aussterben, stellt sich die Frage der Zukunft der Zivilisation. Hervorragend beschreibt dieses Problem Patrick J. Buchanan in seinem Buch "Der Tod des Westens", in dem er darlegt, wie die westliche Kultur erstirbt und mit ihr bestimmte Werte. Die Welt wurde auf den Kopf gestellt, das Falsche ersetzt das Richtige und das, was noch vor Kurzem als richtig und wahrhaftig anerkannt wurde, wird

heute als erlogen bezeichnet und einige tun so, als ob sie das nicht sähen. Gleichzeitig wird die Propaganda gegen die grundlegenden Werte wie Familie, Heirat von Mann und Frau immer stärker angekurbelt. Diesem dem Menschsein und der Natur feindlichen Verständnis muss man sich mit großer Standhaftigkeit entgegenstellen. Hören wir auf uns bei den "Gleichheitsmärschen" aufzuhalten, denn dieses Spiel hat uns schon zu viel gekostet. (.....) **○ (Zachowajmy tożsamość katolicką i narodową. Z przewodniczącym Konferencji Episkopatu Polski JE ks. abp. Józefem Michalikiem, metropolitą przemyskim, rozmawia Mariusz Kamieniecki, Nasz Dziennik, 7./8. Januar 2006, Nr. 6 (2416); Übersetzung: Wulf Schade, Bochum)**

Prof. Dr. Rita Süßmuth zur Präsidentin des Deutschen Polen-Instituts Darmstadt gewählt

Am 5. Dezember 2005 wurde Bundestagspräsidentin a.D. Prof. Dr. Rita Süßmuth zur Präsidentin des Deutschen Polen-Instituts gewählt. Sie tritt die Nachfolge von Bürgermeister a.D. Hans Koschnick an, der nach sechsjähriger Amtszeit aus seinem Amt als Präsident des DPI ausscheidet.

Als neuer zweiter Vizepräsident wurde Gotthard Romberg, vormals Geschäftsführer der Robert Bosch GmbH, Berater der Geschäftsführung, gewählt. Er folgt Dr. Peter Payer nach, der nach 15jähriger Amtszeit ebenfalls aus gesundheitlichen Gründen aus seinem Amt als Vizepräsident ausscheidet.

Die Kuratoriumssitzung leitete erstmals Darmstadts Oberbürgermeister Walter Hoffmann, der als Stadtoberhaupt satzungsgemäß den Vorsitz des DPI-Kuratoriums einnimmt. Der Magistrat der Wissenschaftsstadt Darmstadt hat beschlossen, den bisherigen DPI-Präsidenten Koschnick mit der Silbernen Verdienstplakette und den bisherigen Vizepräsidenten Dr. Payer mit der Bronzenen Verdienstplakette auszuzeichnen.

Gleichzeitig wurde für den Zeitraum 2006-2008 ein Wissenschaftlicher Beirat am Deutschen Polen-Institut eingerichtet, dem drei führende Historiker angehören: Prof. Dr. Włodzimierz Borodziej (Universität Warschau), Prof. Dr. Martin Schulze Wessel (Universität München) und Prof. Dr. Klaus Ziemer (Direktor des Deutschen Historischen Instituts Warschau). www.deutsches-polen-institut.de

Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD spricht von „Unrecht der Vertreibung“

Streit um Vertreibungszentrum geht weiter

Von Renate Hennecke

Das „Zentrum gegen Vertreibungen“, für dessen Errichtung der Bund der Vertriebenen (BdV) den politischen Segen der Bundesregierung und großzügige finanzielle Unterstützungen aus Steuermitteln fordert, habe „nichts mit einer Relativierung der Geschichte zu tun“, erklärte Angela Merkel bei ihrem Antrittsbesuch in Polen am 2. Dezember 2005. Sie hat das schon früher behauptet - aber wer soll das glauben?

Die Bundeskanzlerin hat die Durchsetzung des Zentrums entgegen polnischer (und tschechischer) Proteste zur Chefsache gemacht. Wenige Tage vor ihrer Wahl erklärte sie auf einer Versammlung der „Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung“ (OMV) der Unionsparteien in Berlin: „Wenn ich zur Bundeskanzlerin gewählt werden sollte, dann werde ich mich auch ganz persönlich dieser Aufgabe verpflichtet fühlen.“ (ARD-Tagesschau, 18.11.2005)

Ihr Vertrauen in dieser Angelegenheit hat allerdings nicht der neue Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD), der das Zentrum in der Version des BdV ablehnt. In Warschau durfte er schweigend daneben stehen, während seine Chefin mit dem polnischen Ministerpräsidenten Kazimierz Marcinkiewicz Gespräche zur Fortsetzung des „Dialogs“ über dieses Thema vereinbarte: zwischen dem deutschen „Kulturstaatsminister“ Bernd Neumann (CDU) - über ihn wird berichtet, dass er 1977 als CDU-Fraktionsvorsitzender in Bremen ein Gedicht von Erich Fried lieber verbrannt als in einer Schule behandelt wissen wollte - und dem polnischen Kulturminister Kazimierz Ujazdowski.

Schwarz-rote Koalition will an das „Unrecht der Vertreibung“ erinnern

Schon bei den Koalitionsverhandlungen zwischen CDU/CSU und SPD war das Thema Vertreibungszentrum der Arbeitsgruppe Außenpolitik entzogen und der Arbeitsgruppe Kultur zugeschoben worden, die von Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) geleitet wurde. Dort einigte man sich auf eine Formulierung, die alles möglich macht: „Die Koalition bekennt sich zur gesellschaftlichen wie historischen Aufarbeitung von Zwangsmi-

gration, Flucht und Vertreibung“, heißt es im schwarz-roten Koalitionsvertrag. „Wir wollen im Geiste der Versöhnung auch in Berlin ein sichtbares Zeichen setzen, um - in Verbindung mit dem „Europäischen Netzwerk Erinnerung und Solidarität“ über die bisher beteiligten Länder Polen, Ungarn und Slowakei hinaus - an das Unrecht von Vertreibungen zu erinnern und Vertreibung für immer zu ächten.“

Damit ist nun ausdrücklich formuliert, wie sehr sich das BdV-Vertreibungszentrum und das von der rot-grünen Koalition ins Leben gerufene „Europäische Netzwerk Erinnerung und Solidarität“ (dem bislang neben Deutschland und Polen nur die Slowakische Republik und Ungarn angehören) in ihren Grundaussagen ähneln: Beide sollen die Auffassung verbreiten und durchsetzen, die zum Schutz der Nachbarländer vor erneuter Destabilisierung durch eine expansive deutsche Volkstumspolitik erfolgte Umsiedlung der Deutschen 1945/46 sei Unrecht gewesen. Nicht ohne Grund jubelte die BdV-Präsidentin Erika Steinbach schon am 16. Mai 2002, als im Bundestag der rot-grüne Antrag „Für ein europäisch ausgerichtetes Zentrum gegen Vertreibungen“ (die Grundlage für das spätere „Netzwerk“ verabschiedet und ihr eigener Antrag „Zentrum gegen Vertreibungen“ abgelehnt wurde: „Heute ist ein guter Tag.“ Und Norbert Lammert, damals Mitinitiator des CDU/CSU-Antrags und heute Befürworter einer neuen Leitkulturdebatte, freute sich: „So viel Übereinstimmung gab es selten.“

Von SPD-Politikern wie z.B. Markus Meckel, Bundestagsabgeordneter und Vorsitzender der deutsch-polnischen Parlamentariergruppe und Vorkämpfer für ein „europäisches Zentrum gegen Vertreibungen“, wurde der oben zitierte Abschnitt des Koalitionsvertrages als Absage an das

BdV-Projekt interpretiert. Schon bald sahen sich die sozialdemokratischen Koalitionäre allerdings genötigt, vor „missverständlichen Äußerungen“ und einer „Uminterpretation des Koalitionsvertrages“ zu warnen. Was soll aber missverständlich gewesen sein, wenn Angela Merkel bei der oben genannten OMV-Versammlung ganz offen erklärte: „Wir wollen im Geiste der Versöhnung mit einem Zentrum gegen Vertreibungen in Berlin ein Zeichen setzen“?

Markus Meckel will mittlerweile das „sichtbare Zeichen“ in Berlin setzen, indem die Ausstellung "Flucht, Vertreibung, Integration“, die am Tage von Angela Merkels Polen-Besuch im Haus der Geschichte der BRD in Bonn eröffnet wurde und im nächsten Jahr in Berlin und Leipzig gezeigt werden soll, fest in der Hauptstadt installiert wird. An der Vorbereitung dieser Ausstellung sollen „renommierte Wissenschaftler aus Polen und Tschechien ebenso wie der Bund der Vertriebenen“ beteiligt gewesen sein. Dem Katalog der Ausstellung ist zu entnehmen, dass sich diese in den Konsens „Unrecht der Vertreibung“ nahtlos einordnet. Alles andere wäre auch erstaunlich, denn Prof. Dr. Hermann Schäfer, bislang Präsident der Stiftung „Haus der Geschichte der BRD“ und verantwortlich für die Gestaltung der dortigen Ausstellung, ist gleichzeitig Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats der BdV-Stiftung „Zentrum gegen Vertreibungen“. Am 1. Februar 2006 wurde er zudem Leiter der Abteilung Kultur und Medien bei Minister Neumann (siehe oben), eine Berufung, die in der Sudetendeutschen Zeitung nachdrücklich begrüßt wurde.

Für die oberste „Vertriebene“ Erika Steinbach, die als Tochter eines Besatzungssoldaten im damaligen „Westpreußen“ geboren wurde, war dagegen rasch klar, was die Formulierung im Koalitionsvertrag bedeutete. Nach dem Wahltag hatte sie zunächst befürchten müssen, dass die CDU/CSU um Abstriche an ihrem Wahlprogramm in puncto Vertreibungszentrum nicht herumkommen werde. Dort hatte es geheißen: „Wir wollen im Geiste der Versöhnung mit einem Zentrum gegen Vertreibungen in Berlin ein Zeichen setzen, um an das Unrecht von Vertreibung zu erinnern und gleichzeitig Vertreibung für immer zu ächten.“ Die - fast gleich lautende - Formulierung in der Koalitionsvereinbarung verstand sie sofort als „ein klares Bekenntnis für unser Projekt“ und lobte sie als „ein Meisterstück der Psychologie“. Als Merkel in ihrer Regierungserklärung am 1. Dezember 2005 die Formulierung wiederholte, erklärte Steinbach gegenüber der WELT:

„Das war eine wunderbare Beschreibung von Frau Merkel, mit der ich gut leben kann.“

Im ARD-Morgenmagazin forderte Steinbach polnische Historiker und Historikerinnen auf, an ihrem Vertreibungszentrum mitzuarbeiten. Seit langem bemüht sie sich, dem Projekt eine „europäische“ Fassade zu geben. Das hindert sie allerdings nicht daran, hin und wieder klarzustellen, wie das gemeint ist. Als der designierte polnische Präsident Lech Kaczyński in einem Interview in der BILD-Zeitung vom 23. Oktober 2005 erklärte, „es wäre für die Beziehung unserer Länder das Beste, wenn das Vertriebenenzentrum niemals gebaut würde“, putzte ihn Steinbach rüde herunter. Kaczyński sei nicht in Deutschland zum Präsidenten gewählt worden, erklärte sie. Und sie mische sich ja auch nicht in polnische Angelegenheiten ein, bei der Frage des Zentrums handele es sich um eine „innerdeutsche Angelegenheit“ und „diese überzogenen nationalistischen Töne“ würden den Polen in der EU „auch nicht helfen“.

Wie die Dauerausstellung im Zentrum aussehen soll

Während über das Vertreibungszentrum gestritten wird, wird seltsamerweise über die konkreten Vorstellungen des BdV zu seiner inhaltlichen Gestaltung kaum ein Wort verloren. Dabei hat die „Stiftung Zentrum gegen Vertreibungen“ schon vor Jahren an alle Bundestagsabgeordneten ein Exposé für die Ständige Ausstellung verschickt, die - neben einer „Gedenkrotunde“ - das Kernstück des Zentrums bilden soll. Dieses Exposé ist auch im Internet (www.z-g-v.de) abrufbar.

Die vier Hauptkapitel (Teil I) befassen sich ausschließlich mit dem „Schicksalsweg der deutschen Heimatvertriebenen“. Das erste Kapitel ist überschrieben „Heimatland“ und umfasst die Abschnitte „Heimat in Deutschland“ und „Heimat außerhalb von Deutschland“. Vorgestellt werden „Städte wie Breslau, Danzig oder Königsberg ebenso wie die Weite der masurischen Landschaft, die Idylle des Riesengebirges und die soziale Ordnung der Gutswirtschaft“. Erzählt werden soll „vom alltäglichen Leben in Ostpreußen, Pommern, Ostbrandenburg und Schlesien: von Hochzeit und Geburt, vom ersten Schultag, von Königsberger Kloppen und Thorner Kathrinchen, dem kulturellen Leben der Städte, dem Leben im schlesischen Industrieviertel“. Idylle der „alten Heimat“, in der alle glücklich waren und jeder seinen angestammten Platz hatte, vom ostelbi-

schen Junker bis zum polnischen Pferdeknecht. Oder - im zweiten Teil - vom „Nebeneinander und Miteinander der Volksgruppen in den von Deutschen bewohnten Gebieten außerhalb der deutschen Staatsgrenzen von 1937“. Auch hier soll „das alltägliche Leben in den Beziehungen zwischen der deutschen Minderheit und der herrschenden Mehrheitsgesellschaft der Ausgangspunkt der Darstellung“ sein. Geherrscht wird offenbar nur außerhalb der deutschen Grenzen: da herrschen die slawischen Landarbeiter über die deutsch-baltischen Barone (während deutsche Gutshöfe eine soziale Ordnung aufweisen), da bedrohen tschechische Chauvinisten redliche großdeutsche Patrioten ... Dazu soll man - passenderweise - „erzählte Märchen und Geschichten“ aus der jeweiligen Region im Originaldialekt hören.

Emotionale Überwältigung statt Aufarbeitung der Zusammenhänge

Das zweite Hauptkapitel heißt „Vogelfrei und rechtlos“. Dieser Teil soll so gestaltet werden, dass kritisches Nachdenken über die historischen Zusammenhänge gar nicht erst aufkommt, sondern der Besucher sich emotional vollständig mit den deutschen Opfern identifizieren muss. „Die Gestaltung dieses Ausstellungsteils empfindet das Entwurzeltsein und den Verlust der Menschenwürde nach. Der Besucher läuft neben einer lebensgroßen Projektion von Flüchtlings- und Vertreibungstrecken entlang. Sein Weg ist gesäumt von Gepäckstücken, die von den Flüchtlingen zurückgelassen wurden. An mehreren Stellen hat er die Möglichkeit, in einen Raum hinter der Leinwand zu treten und dort anhand von Fotos, Dokumenten und Objekten die näheren Umstände von Flucht und Vertreibung in sich aufzunehmen. Auf der gegenüberliegenden Seite des Weges wird in eigenen Räumen das Ausmaß der Grausamkeit dargestellt, dem die Menschen in den Lagern, bei der Vertreibung und an ihren Heimorten ausgesetzt waren. Auf einer Abzweigung wird das Schicksal und die Lage der Russlanddeutschen plastisch dargestellt.“

Schließlich folgen die beiden Kapitel „Zuflucht“ und „Neue Wurzeln“ über die Ankunft in „West- und Mitteldeutschland“, die erlittene Not und die Gefahr der Assimilierung bzw. über die Zeit nach dem Krieg, einschließlich Lager Friedland und „Charta der Heimatvertriebenen“. Da die Beschreibung dieser beiden Kapitel in der Vorlage der Stiftung zusammen weniger Platz einnimmt als das zweite Kapitel

allein, sollen sie auch hier nur erwähnt werden.

Auch auf Teil II des Exposés - Überschrift: „Vertreibungen europäischer Völker im 20. Jahrhundert“ - haben die Planer der Ausstellung nicht viel Mühe verwendet. Fünfeinhalb Jahre nach der ersten Veröffentlichung des Exposés besteht dieser Teil noch immer im Wesentlichen aus einer wahllos zusammengewürfelten Tabelle mit verschiedensten historischen Ereignissen und der lapidaren Ankündigung: „Anhand der folgenden tabellarischen Übersicht wird mit modernen musealen Mitteln die Geschichte der europäischen Völkervertreibungen dargestellt. Das Konzept für diesen Teil der Dauerausstellung ist in Bearbeitung.“

Das Böse ist immer und überall

Bleiben noch Einleitung und Schluss. Der „Prolog“ beginnt mit der Frage: „Warum Vertreibungen?“ Wer erwartet, Konkretes über die Umstände, die zu Grunde liegenden Konflikte, die Ziele, kurz die Vorgeschichte und Zusammenhänge konkreter Vertreibungen zu erfahren, sieht sich getäuscht. In dem Konzept der Stiftung „Zentrum gegen Vertreibungen“ für ihre Dauerausstellung wird ein Grund gleichermaßen für alle Vertreibungen seit 1848 verantwortlich gemacht.

Anfang des 19. Jahrhunderts, heißt es da, sei der Nationalismus entstanden und der habe in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts dazu geführt, dass sich bei Politikern und Bevölkerung mehr und mehr die Auffassung verfestigte, Frieden sei nur in einem ethnisch homogenen Nationalstaat möglich. „Von dieser Überzeugung zur Vertreibung war es nur ein kleiner Schritt. In gemischt besiedelten Gebieten und bei kriegerischen Grenzverschiebungen wurden Vertreibungen nun als das geeignete Mittel angesehen, ein zukünftig friedliches Zusammenleben zu gewährleisten.“ Dazu seien eine „Radikalisierung der Ideologien“ und die „gewachsenen technischen Möglichkeiten“ gekommen. Das Ende vom Lied: „Allein 20 Millionen Deutsche wurden zwischen 1918 und 1950 entwurzelt“ - angeblich nur deshalb, weil sie die falsche Nationalität besaßen.

Haben also Hitler, die deutsche Wehrmacht, die SS, SA und Einsatzgruppen nur zu radikal den Frieden geliebt, als sie Europa unterwarfen, um „Lebensraum“ für die deutsche Nation zu schaffen? War es übermäßige Friedensliebe, die zum Holocaust führte und die Feder beim Niederschreiben der monströsen Germanisierungspläne der Nazis führte?

War es umgekehrt ganz abwegig, wenn Polen, Tschechen, Ungarn und Jugoslawen glaubten, ohne die Einmischung der „Herrenrasse“ und ihre Volkstumspolitik würden sie friedlicher leben können?

Im „Zentrum gegen Vertreibungen“ soll man die Ursachen von Vertreibungen verstehen, indem man auf einer Europakarte am Fußboden - ohne Grenzen! - spazieren geht und dabei „Zitate aus der Entstehungszeit des Nationalismus über den Zusammenhang von Nationalität, Rasse und Sprache in jeweils der Sprache des Landes (hört), auf dem der Besucher gerade steht“.

Das Ziel ist durchschaubar: Nationalismus gab und gibt es überall, soll der Besucher schließen, eine Seuche, die ganz Europa gleichermaßen befallen hatte. Wer hat da das Recht, den Deutschen etwas vorzuwerfen?

Das „Jahrhundert der Vertreibungen“

Nach der Absolution kommt der Aufbau der Opferrolle. In dem großen Raum, dessen Fußboden die begehbare Europakarte bildet, soll ein kleinerer Raum eingebaut werden. Darin befinden sich zwei Kartentische und eine große Europakarte an der Wand. Auf der ersten Karte sind „Vertreibungen bis 1933“, auf der zweiten „Vertreibungen 1933 - 1945“ und auf der dritten „Vertreibungen 1944 - 1950“ zu sehen. Da es sich um eine moderne Ausstellung handelt, soll auch alles interaktiv sein. Auf Knopfdruck kann man auf den Karten "die unterschiedlichen Bevölkerungsbewegungen, sortiert nach Volksgruppen" sehen. Auch fordert „die Größe und Anordnung der Karten die Besucher heraus, sie gemeinsam zu betrachten und sich darüber zu verständigen, was als nächstes zu sehen sein soll“

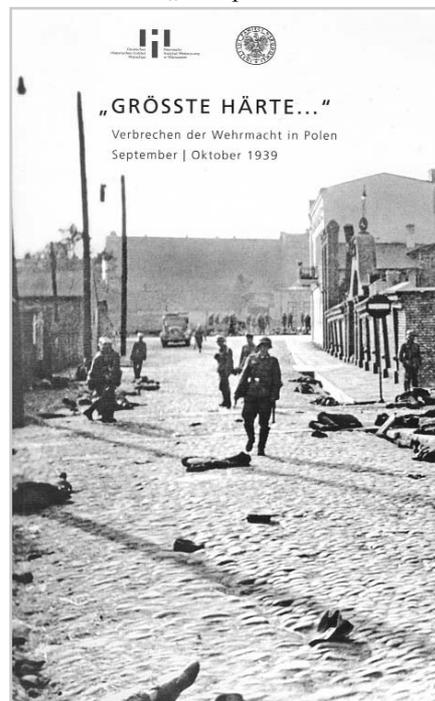
Was aber gibt es zu sehen?

Auf der ersten Karte („Vertreibungen bis 1933“) sieht man z.B. gewaltsame Bevölkerungsverschiebungen auf der Grundlage von Verträgen zwischen Bulgarien, Griechenland und der Türkei 1913, den Völkermord an den Armeniern 1914/15, „Millionen Menschen, die durch den Russischen Bürgerkrieg (1918 - 1921) entwurzelt und in die Emigration getrieben wurden“ (Bürgerkrieg? Waren die Angehörigen der 18 Interventionsarmeen alle russische Bürger?), die Zwangsumsiedlung von Griechen und Türken nach dem Vertrag von Lausanne 1923.

Und: „Die mittelbaren Vertreibungen Deutscher aus der II. Polnischen Republik als

Folge der neuen Grenzen nach 1918 waren bereits Vorboten der Massenvertreibungen ab 1945.“ Damit wird angedeutet, dass die Umsiedlung 1945/46 nicht Folge der NS-Verbrechen, sondern schon lange vorher geplant gewesen sei.

In der Beschreibung der zweiten Karte heißt es: „Nicht nur als Mittel, sondern als Ziel der Politik verstand das nationalsozialistische Deutschland die Vertreibung nicht-deutscher und die Ermordung ‚nicht-arischer‘ Bevölkerung.“ Genannt werden: - die Entrechtung, Deportation und Vernichtung der europäischen Juden durch „das nationalsozialistische Deutschland“ - die Vertreibung von 450.000 Polen und Polinnen aus „Westpreußen“ und dem



Ein Buch zum Thema: „Grösste Härte...“, Verbrechen der Wehrmacht in Polen, September/Oktober 1939, Osnabrück 2005

(s.a. *POLEN und wir*, 1/2006, S. 7)

„Wartheland“ in das besetzte "Generalgouvernement"

- die Ermordung von Sinti und Roma
- die Umsiedlung der Volksdeutschen unter dem Motto „Heim ins Reich“.

Aus der Tschechoslowakei wurde demnach niemand vertrieben (das entspricht der Darstellung der Sudetendeutschen Landsmannschaft). Und auf sowjetischem Gebiet hat offenbar nur Stalin sich Vertreibungen zuschulden kommen lassen: 900.000 Wolgadeutsche waren seine Opfer, und „1944 (wurden) die kleinen islamischen Völker asiatischer Herkunft im Nordkaukasus und die Krimtataren von Stalin aus ihren Siedlungsgebieten deportiert“. Hat denn die

Wehrmacht überhaupt niemanden vertrieben, als sie 1941 über die Sowjetunion herfiel und eine Spur von Vernichtung und verbrannter Erde hinter sich her zog?

Der Inhalt der dritten Karte (1944 - 1950) lässt sich sehr kurz zusammenfassen: „Mehr als 15 Millionen Deutsche waren am Ende Opfer“ der territorialen Neuordnung Europas durch die Alliierten.

Die Darstellung der Deutschen als Opfer der „größten ethnischen Säuberung der Menschheitsgeschichte“, wie es Vertriebenenpolitiker an anderer Stelle gern formulieren, ist der eine Inhalt dieser Inszenierung, die Nivellierung aller Unterschiede der zweite. Der Holocaust wird zu einer Episode unter vielen. Und die Umsiedlung der Deutschen hat keine andere Vorgeschichte als alle anderen Vertreibungen. Mit der Vorgeschichte braucht man sich ohnehin nicht auseinanderzusetzen, denn das Motto der deutschen Opferdebatte lautet: „Vertreibungen sind immer Unrecht, egal was vorher geschah.“

Dass es sich bei dem Zentrum um ein durch und durch deutschnationales Projekt handelt, zeigt schließlich auch der - in dem Exposé sehr kurz gehaltene - Epilog am Schluss. Noch einmal wird alles unter dem Etikett eines anonymen "Jahrhunderts der Vertreibung" in einen Topf zusammengewürfelt. Dann folgt die Rechtfertigung der ganzen Angelegenheit als Veranstaltung zur Förderung der Menschenrechte, speziell des "Rechtes auf die Heimat", das die Vertriebenenverbände seit Jahrzehnten zur Begründung ihrer Ansprüche an die von ihnen so genannten „Vertreiberstaaten“ heranziehen. In der Ausstellung wollen sie dazu Video-Aufnahmen von „aktuellen Vertreibungen“ missbrauchen.

"Es wäre das Beste ..."

wenn das Vertriebenenzentrum niemals gebaut würde.“ Das gilt nicht nur für die Beziehungen zu unseren Nachbarländern, sondern auch für das politische Klima in Deutschland selbst. Der kritische Blick auf die geplante Ausführung der Dauerausstellung als Kernstück des Zentrums zeigt, dass hier sehr wohl Geschichte umgeschrieben werden soll, allen gegenteiligen Beteuerungen zum Trotz.

○ Dies ist die aktualisierte Fassung eines Artikels, der zuerst in den *Deutsch-Tschechischen Nachrichten Nr. 69 vom 18. November 2005* erschien (www.deutschtschechische-nachrichten.de; renate.hennecke@netsurf.de).

Prominente Anwälte ziehen sich zurück

"Preußische Treuhand" floppt

Die in Düsseldorf beheimatete „Preußische Treuhand“, eine Vorfeldorganisation mehrerer Vertriebenenverbände, die durch Klagen vor internationalen Gerichten die Rückgabe ehemaliger deutscher Besitztümer in Polen und anderen osteuropäischen Ländern erzwingen will, die 1945 als Kompensation für die deutschen Kriegsverbrechen enteignet worden waren, hat erneut eine ernsthafte Schlappe hinnehmen müssen: Die Anwälte laufen ihr davon. Aber die Kampagne soll weitergehen.

Ende September 2005, kurz nach den Bundestagswahlen, hatte die „Treuhand“ angekündigt, sie habe jetzt eine "namhafte Kanzlei" gewonnen, um die Klagen ihrer Aktionäre vor polnischen und europäischen Gerichten zu vertreten (Berliner Zeitung, 30.9.05). Mitte Oktober werde man Einzelheiten auf einer Pressekonferenz in Berlin mitteilen. Doch daraus wurde erst mal nichts. Die groß angekündigte Pressekonferenz wurde einen Tag vorher sang- und klanglos abgesagt.

Im Dezember 2000 hatten die Ostpreussische und die Schlesische Landsmannschaft des „Bundes der Vertriebenen“ (BdV) die „Preußische Treuhand GmbH“ gegründet, die ein Jahr später in eine Kommanditgesellschaft auf Aktien umgewandelt wurde, um durch Klagen vor Gerichten eine „Rückgabe des im Osten von den Vertreiberstaaten völkerrechtswidrig konfiszierten Eigentums“ von deutschen Junkern, Firmen usw. zu erzwingen.

Zwar distanzieren sich nicht nur Vertreter der rot-grünen Bundesregierung und Bundespräsident Köhler von der „Treuhand“, auch die CDU/CSU und der BdV hielten nach außen hin Distanz zu den Aktivitäten der „Treuhand“. Tatsächlich aber kennt man sich und kooperiert bis heute insbesondere mit der CDU/CSU und dem BdV bestens. So residiert die „Treuhand“ bis heute in der NRW-Filiale der ostpreussischen Landsmannschaft in Düsseldorf. „Treuhand“ Chef Pawelka ist CDU-Mitglied und erst vor einem Jahr, also lange nach Bekanntwerden der Aktivitäten der „Treuhand“, erneut von seiner Partei aufgestelltes und auch direkt gewähltes Ratsmitglied in Leverkusen geworden. Im Aufsichtsrat der „Treuhand“ sitzt u.a. Hans-Günther Parplies, stellvertretender Vorsitzender des BdV. Entsprechend groß waren und sind die Sorgen in Polen und anderen Staaten, dass die Aktivitäten der „Treuhand“ keineswegs Absichten einiger weniger Spinner sind, sondern eine Erpressungskampagne einflussreicher deutscher Kreise mit möglicherweise weit reichenden Folgen. Der damalige Warschauer Bürger-

meister Lech Kaczyński - inzwischen polnischer Staatspräsident - hatte ebenso wie das polnische Parlament nicht nur eine Zurückweisung solcher Ansprüche verlangt, sondern im Gegenzug polnische Entschädigungsforderungen für die deutschen Kriegsverbrechen und Verwüstungen angekündigt. Allein für Warschau bezifferte Kaczyński diese Schäden auf 32 Milliarden Euro.

Bereits Ende 2004 hatte die „Treuhand“, mit dem Münchner Anwalt Michael Wittl verhandelt, der vor ein paar Jahren zusammen mit dem US-Anwalt Fagan auch Überlebende der NS-Zwangsarbeit vor US-Gerichten gegen deutsche Konzerne vertreten hatte. Dann sprang der Münchner Anwalt aber wieder ab. „Das hätte auch zu unserer übrigen Mandantschaft nicht gepasst“, begründet Wittl den Rückzug gegenüber Journalisten.

Mitte Oktober sollte nun der zweite Anlauf starten. Aber Matthias Druba von der Kanzlei Schwarz Kelwing, der zuletzt erfolgreich die Erben der jüdischen Kaufmannsfamilie Wertheim bei Prozessen gegen die Bundesregierung und den Karstadt-Konzern auf Rückgabe von Grundstücken im Zentrum Berlins vertreten hatte, sprang zwei Tage vor der groß angekündigten Pressekonferenz nun ebenfalls ab. „Ich kann der Sache mit juristischen Mitteln nicht wirklich dienen“, sagte er gegenüber Journalisten. Klagen auf Rückgabe einstigen Eigentums und auf Entschädigung seien „nicht sinnvoll“. Was solche Klagen auslösten sei jenseits dessen, „was man als Jurist vertreten kann“. Treuhand-Chef Pawelka reagierte zunächst fassungslos. Zustimmung zum Absprung des Anwalts kam dagegen von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Erwin Marschewski, Sprecher der Vertriebenenengruppe in der Fraktion, erklärte, das Treiben der Treuhand sei „Wasser auf die Mühlen der deutschfeindlichen Kräfte in Polen“ und „rechtlich und politisch falsch“. Die Treuhand habe mit ihrem aggressiven Auftreten dem polnischen Präsidentschaftskandidaten Lech Kaczyński „noch mehr Wähler beschert“.

Treuhand-Chef Pawelka aber will weitermachen. Das Projekt, auf dem Klageweg vor dem Europäischen Menschenrechtsgerichtshof in Strassburg ehemalige deutsche Immobilien in Polen zurückzufordern, werde durch den Absprung jetzt schon der zweiten prominenten Anwaltskanzlei nicht scheitern, sondern weiter fortgesetzt. Auch der Dortmunder Anwalt Gerwald Stanko, Geschäftsführer bei der „Preußischen Treuhand“, will weitermachen, fürchtet aber gleichzeitig wachsenden Druck der Aktionäre der Treuhand, was nun mit ihrem Geld wird. Gegenüber der „taz“ erklärte er: „Wie stehen wir jetzt intern da? Wie können wir das unseren Aktionären erklären?“ Spannend wird auch, wie die deutsche und europäische Politik jetzt weiter agiert. Immerhin hatte es schon die rot-grüne Bundesregierung in der Hand, dem Vertriebenenverband und seinen Landsmannschaften sechs Jahrzehnte nach Kriegsende endlich die jahrzehntelange finanzielle Subventionierung aus dem Bundeshaushalt zu entziehen. Geschehen ist nichts dergleichen. Noch heute streichen die „Vertriebenenverbände“ jedes Jahr Millionen an Zuschüssen aus dem Bundeshaushalt ein, weitere Zuschüsse der Länder und Kommunen kommen obendrauf. Der polnische Vorwurf einer staatlichen deutschen Mitwirkung bei den Umtrieben der "Preußischen Treuhand" ist also mehr als begründet.

Hinzu kommt: Bis heute sind gesetzliche Bestimmungen wie z.B. aus dem früheren Bundesvertriebenenengesetz in Kraft, die unter anderem eine abstruse „Vererbbarkeit“ des „Vertriebenenstatus“ vorsehen. Dass damit bei den betroffenen Personengruppen auch finanzielle und materielle Revanche-Ansprüche aufrechterhalten werden, liegt auf der Hand. Seit Jahren hat es die deutsche Politik versäumt, solche revanchistischen Gesetzesklausele und Subventionen endlich abzuschaffen.

Aber auch auf europäischem Gebiet gibt es Handlungsbedarf. Eine Entschließung des europäischen Parlaments, die alle deutschen Restitutionsansprüche (Rückgabe- und Entschädigungsansprüche) gegenüber Personen und Staaten in Osteuropa ein für alle Mal verwirft, wäre sicherlich ein wirkungsvolles europäisches Signal gegen hetzerische Aktivitäten wie die der Preußischen Treuhand und würde auch deren Prozessaussichten vor dem Europäischen Gerichtshof in Strassburg sicherlich beeinträchtigen. Aber bisher ist von solchen Überlegungen im EU-Parlament nichts zu hören. Warum eigentlich nicht?

rül
(aus: Politische Berichte vom 19.10.2005.

Wir danken für das Nachdruckrecht)

"Ich sah den Namen Bosch"

Zwei Bücher über eine geheime Rüstungsfabrik, ein ver-gessenes KZ und die Erinnerungsarbeit von Zeitzeugen

Von Betty Glasberg

Erst seit der Debatte um die "Entschädigung" für die ehemaligen ZwangsarbeiterInnen des "Dritten Reichs" hat man begonnen, sich an die zahlreichen Zwangsarbeitslager und KZ-Außenstellen bei den deutschen Rüstungsbetrieben zu erinnern. Auch in Kleinmachnow, einem Berliner Vorort, wollte man lange nichts von dem KZ-Außenlager wissen, das sich hier von Sommer 1944 bis April 1945 auf dem Firmengelände der Dreilinden Maschinenbau GmbH (DLMG) befand. Diese Tarnfabrik des Bosch-Konzerns beutete gegen Kriegsende rund 2.900 ZwangsarbeiterInnen aus, darunter etwa 800 weibliche KZ-Häftlinge. Die zumeist sehr jungen Frauen kamen aus Polen und mussten unter größter Geheimhaltung Zubehör für Flugzeugmotoren produzieren.

Wiederentdeckt wurde das Konzentrationslager von Rudolf Mach, einem Regionalhistoriker aus Leidenschaft. In dem Buch „Muster des Erinnerns. Polnische Frauen als KZ-Häftlinge in einer Tarnfabrik von Bosch“ beschreibt er, wie seine Forschungen begonnen haben:

"Als ich 1996 zum ersten Mal das sogenannte Bosch-Gelände in Kleinmachnow betrat, wusste ich noch nicht, dass dieses Areal während des Zweiten Weltkrieges einem Tochterunternehmen von Bosch gehört hatte. Leere, verwahrloste Häuser des VEB APAG, eines Betriebes aus DDR-Zeiten, der 1992 stillgelegt worden war, zogen meine Neugier an: In den Kellern lagen noch durchfeuchtete und vergammelte Akten. Ich stöberte in den verstreuten Papieren und entdeckte ein Paket, das in Packpapier eingewickelt war. Als ich es aufriss, sah ich plötzlich die Jahreszahl 1942. Ich war fasziniert. Noch nie hatte ich so alte Originaldokumente gefunden und mir war, als hätte ich einen kleinen Goldschatz gehoben."

Was Mach zwischen den Unterlagen der DDR-Firma gefunden hatte, waren Schriftstücke der Dreilinden Maschinenbau GmbH, vor allem Versicherungsakten. Hier las er auch die Bezeichnung "KL". "Erst später begriff ich, dass 'KL' eine Abkürzung für Konzentrationslager ist. Das war eine für mich ungeheuerliche Entdeckung. Ich begann, zu dem Komplex Zwangsarbeit und KZ-Außenlager Kleinmachnow zu recherchieren."

Mach informierte die Berliner Geschichtswerkstatt e.V. und die wiederum beauftragte die Historikerin Angela Martin mit Recherchen zu der bis dahin völlig unbekannt Geschichte der Firma. Zusammen mit der Übersetzerin und Publizistin Ewa Czerwiakowski interviewte sie fast fünfzig Überlebende des Konzentrationslagers.

Die Fotografin Hucky Fin Porzner hat die Zeitzeuginnen porträtiert. Nachzulesen sind die Ergebnisse dieses Projekts in zwei Buchpublikationen der Berliner Geschichtswerkstatt: Angela Martin, „Ich sah den Namen Bosch“, und „Muster des Erinnerns“, herausgegeben von Ewa Czerwiakowski und Angela Martin.

Die Geschichte der DLMG reicht bis ins erste Jahr der NS-Herrschaft zurück. Bereits 1933 setzen sich Vertreter des Reichsluftfahrtministeriums und Mitarbeiter der Robert Bosch GmbH zusammen, um über eine "Ausweichfabrik" im militärisch sicheren Mitteldeutschland zu verhandeln. Bosch-Produkte waren für die Kriegspläne der Nationalsozialisten, insbesondere für die Aufrüstung der Luftwaffe, unersetzlich. Schon in der Planungsphase des Dreilinden-Werkes hieß es, in Kleinmachnow entstehe ein industrielles Unternehmen von größter Bedeutung für die Luftfahrt: Zwei Jahre später wurden die ersten Werkshallen der DLMG in Betrieb genommen. Es waren relativ kleine Gebäude in einem Waldgebiet, denn die Industrieanlage sollte wie eine Wohnsiedlung erscheinen. Im ersten Band des Projekts beschreibt Angela Martin ausführlich die Entwicklung dieser "Schattenfabrik". Das Unternehmen expandierte schnell, alle Hindernisse bei Erweiterungsbestrebungen wurden mit Hilfe des Reichsluftfahrtministeriums und anderer NS-Behörden ausgeräumt, außerdem wurden großzügige finanzielle Beihilfen gewährt.

Während des Krieges beutete die Firma etwa 2 000 Kriegsgefangene und zivile Zwangsarbeiter aus West- und Osteuropa aus. Neben dem Werksgelände entstand eine kleine, schäbige Stadt aus Baracken für die zur Arbeit gezwungenen Menschen. Im Herbst 1944 kamen außerdem zwei

Fortsetzung S. 14

Janina Podoba, geb. Russiak, *1929:

Dass es warm wird, dass man zu essen hat ...

Ich war ein Jahr alt, als mein Vater gestorben ist. (...) Unsere Mutter hat meine Schwester und mich alleine großgezogen. Bis der Krieg ausgebrochen ist, habe ich drei Klassen der Volksschule beendet und bin dann bis 1944 in den Untergrundunterricht gegangen. Seit dem Aufstand ist mein Schicksal dem meiner Kameradinnen verblüffend ähnlich geworden: Wir alle sind den gleichen Weg gegangen. (...) Ich war völlig alleine, als man mich deportiert hat. Und ich war fünfzehn.

Obwohl ich noch ein Kind war, musste ich in Kleinmachnow arbeiten wie alle anderen. Wir hatten so schrecklichen Hunger! Einmal wollte ich ein paar Kartoffelschalen aus der Mülltonne holen, da hat mich eine der Aufseherinnen, die rot-haarige, die schlimmste von allen, so heftig geschlagen, dass ich die Treppe hinuntergefallen bin. In der Fabrik haben fast ausschließlich Polinnen gearbeitet, aber ich erinnere mich auch an zwei Jüdinnen, Mutter und Tochter. Eines Tages hat man sie abgeholt. Eine Aufseherin hat uns erzählt, man habe sie freigekauft. Sie haben versprochen zu schreiben, aber niemals ist ein Brief von ihnen gekommen. Sie haben sie bestimmt umgebracht. Drei Russinnen waren auch da, drei oder auch vier. Sie haben immer zusammengehalten. Im Lager hat man überhaupt nicht darüber nachgedacht, was später kommen würde. Ich habe nur geträumt, dass es warm wird, dass man zu essen hat. Alles war so entsetzlich: der Aufstand, Pruszków, Ravensbrück, dieser Stacheldraht, der Todesmarsch, die Leichen in den Straßengräben. Wir haben Gras gegessen, am Straßenrand ist kein Grashalm übrig geblieben. Ich habe immer wieder die Finger in eine Pfütze getan und sie dann abgeleckt, um etwas zu trinken. Für mich war alles schrecklich. Man kann diese Erinnerungen nicht aus dem Gedächtnis löschen. Mein Mann war auch im Lager und hat mir viel erzählt. Ich konnte nicht zuhören, ständig habe ich geweint.

Ich bin mit dem letzten Transport aus Spaenberg zurückgekommen, das war 1946. Danach war ich oft und lange krank. Ich konnte keine Kinder bekommen, hatte immer wieder Fehlgeburten, dreimal hintereinander. Später habe ich doch zwei Töchter zur Welt gebracht. Ich habe sie großgezogen und ausbilden lassen. ○

**Gespräch in Krakau am 19.10. 2000
aus: „Muster des Erinnerns“**

Fortsetzung von Seite 13

Transporte mit jeweils etwa 400 polnischen Frauen aus dem KZ Ravensbrück nach Kleinmachnow. "Die Fabrik, in der wir arbeiten mussten, eine große Halle, lag im Wald und war von einem Zaun umgeben. Es war ein doppelter Stacheldrahtverhau, der innere stand unter Strom. Wir wurden von SS-Leuten (dem Lagerkommandanten und Aufseherinnen) bewacht. Gewohnt haben wir unterhalb der Fabrik, in Zellenstuben, etwa je 30 Frauen in einer. Wir schliefen auf Etagenpritschen. Die Keller Räume waren kalt, feucht, ohne Fenster." Das berichtete Maria Cicha, die 14 Jahre alt war, als sie in das KZ-Außenlager Kleinmachnow deportiert wurde.** Sie ist eine von sechzehn Überlebenden des Konzentrationslagers, die in dem zweisprachigen Buch „Ich sah den Namen Bosch“ zu Wort kommen. Bewacht von SS-Aufseherinnen mussten die Häftlinge zwölf Stunden am Tag schwere Arbeiten leisten. Als im April 1945 die Front nahte, wurden sie von der Firmenleitung in das KZ Sachsenhausen geschickt und von dort auf den berüchtigten "Todesmarsch" getrieben.

Für viele der Zeitzeuginnen begann ihre Leidenszeit mit dem Warschauer Aufstand 1944. Die meisten wurden während der Erhebung der polnischen Hauptstadt gegen die deutschen Besatzer gefangen genommen und zunächst in das KZ Ravensbrück verschleppt. Dort wurden sie in einer entwürdigenden Selektion von Mitarbeitern der DLMG ausgewählt und dann nach Kleinmachnow gebracht. Fast alle Frauen schildern auch die Nachkriegsjahre, den mühsamen Wiederanfang im völlig zerstörten Warschau, die Folgen der Lagerhaft, die bis heute andauern und sich in gescheiterten Lebensentwürfen, Ängsten und Krankheiten ausdrücken.

Jedes Interview ist mit einem Fotoporträt versehen. Der sorgfältig gestaltete Band enthält zudem weiteres Bildmaterial, zum Beispiel gerettete Dokumente der Zeitzeuginnen: eine Bettkarte aus dem Krankenrevier, ein Blatt aus dem Lagergebetbuch, eine Postkarte, Kochrezepte, die die hungernden Frauen aufgeschrieben haben. Auch Funde von Rudolf Mach sind abgebildet, der auf dem Grundstück der DLMG Produktionsreste ausgegraben hat, sowie Pläne des Werks- und Lagergeländes und Fotos vom Bau der Fabrik. So wird die spezifische Geschichte des Bosch-Betriebs deutlich. Sie ist zugleich ein exemplarisches Beispiel für die Rüstungswirtschaft des NS-Staates, wie Wolfgang Benz im Vorwort schreibt.

Die Resonanz auf diese Dokumentation war ausgesprochen positiv: "Ein eindrucks-

volles Buch" schrieb zum Beispiel die Frankfurter Allgemeine Zeitung. Das ermutigte die Berliner Geschichtswerkstatt zu einer Fortsetzung des Projekts. Der zweite Band kam zunächst in polnischer Sprache heraus, jetzt ist er auf Deutsch in einer erweiterten Fassung unter dem Titel *Muster des Erinnerns* erschienen. Auch hier stehen die Erinnerungen der Zeitzeuginnen im Zentrum, dreiunddreißig Frauen berichten von ihrem Überleben im KZ Kleinmachnow. Den Interviewausschnitten sind drei Essays vorangestellt.

Ewa Czerwiakowski untersucht mit ebenso großem Einfühlungsvermögen wie analytischem Verstand die Erinnerungsmuster der Zeitzeuginnen. Deren Biografien wurden durch den gewaltsamen Einfluss der "großen Geschichte" geradezu "gleichgeschaltet". Der Satz "Wir waren nur Nummern" ist davon nur der drastischste Ausdruck. Die Frauen schilderten allerdings auch positive Erlebnisse, die einen besonderen Platz in ihren Berichten einnehmen. "Fast jede unserer Gesprächspartnerinnen berichtete spontan über unerwartete gute Momente: die Hilfe einer Leidensgenossin oder eine Geste von jemandem, der zu der feindseligen Umgebung gehörte. Dabei geht es meistens um die heimliche Übergabe von Brot, die ein Meister oder Einrichter in der Fabrik wagte, seltener um das Verhalten einer Aufseherin oder eines Soldaten, obwohl auch solche Fälle vorkamen." Hier drückt sich ein Moment individueller Entscheidungsmöglichkeit aus, der die Gleichschaltungs- und Einschüchterungsversuche des Nationalsozialismus unterlief. "Die Beispiele von Zivilcourage und damit eines freien, unreglementierten Verhaltens stellen einen wichtigen Aspekt der Geschichte totalitärer Systeme dar."

Angela Martin schildert in ihrem Beitrag "Das Gedächtnis der Archive" ihre mühsame Suche nach Dokumenten über die Fabrik in Kleinmachnow. Dabei erläutert sie auch Probleme der Archivüberlieferung. Erinnerungen von Zeitzeugen werden von der akademischen Forschung noch immer als unzuverlässig und selektiv beargwöhnt, zum Teil durchaus mit Recht. Doch auch Archive arbeiten selektiv, was die Autorin vor allem am Beispiel des Bosch-Archivs belegt. Nicht zu allen Aspekten der Firmengeschichte wurde gesammelt, etliche Dokumente gingen im Krieg verloren. Zudem sei es möglich, vermutet die Autorin, dass viele Materialien noch nicht erschlossen wurden. Die Erinnerungen der Zeitzeugen seien eine unerlässliche Ergänzung, schreibt Martin, sie zeigen exemplarisch die Verstrickung der deutschen Industrie "nicht nur in die

Kriegswirtschaft, sondern auch in den umfassenden nationalsozialistischen Repressionsapparat, zu dessen wichtigsten Mitteln die unterschiedlichen Formen der Zwangsarbeit gehörten."

Rudolf Mach befasst sich mit dem Gedächtnis des Ortes Kleinmachnow. Dort wollte zunächst niemand etwas von seinen Recherchen zur DLMG und ihre Lager wissen. Das hat sich inzwischen geändert. So gibt es eine Gedenktafel, die an die Ausbeutung der Zwangsarbeiter erinnert; neun Überlebende des KZ und zwei zivile Zwangsarbeiter wurden vom Heimatverein zu der feierlichen Enthüllung eingeladen. "Kleinmachnow, das lange ein Ort ohne Gedächtnis zu sein schien, beginnt sich zu erinnern", schreibt Mach. Dass dies nicht zuletzt seiner unermüdlichen Arbeit zu verdanken ist, verrät er allerdings nicht in seinem ermutigenden Beitrag, man kann es nur den Anmerkungen der Herausgeberinnen entnehmen.

Ise Bosch, eine Enkelin des Firmengründers, hat die Arbeit des Heimatvereins Kleinmachnow und der Berliner Geschichtswerkstatt mit großem Interesse verfolgt und ein Vorwort für das Buch „Muster des Erinnerns“ verfasst. Darin dankt sie den Zeitzeuginnen, ohne deren Mitarbeit die beiden Bücher nicht zustande gekommen wären: "Die Überlebenden des KZ-Außenlagers Kleinmachnow geben uns ihre Ängste preis, sie sprechen über Erniedrigungen, über zerstörte Lebensläufe, über Traumata, die sie bis heute belasten. Dazu gehört viel Mut, vor allem auch, wenn sie es gegenüber Deutschen tun. Dafür und für ihre Hilfe, ein lange vergessenes Kapitel unserer Geschichte zu erhelten, möchte ich den Zeitzeuginnen meinen tiefsten Respekt aussprechen."

Die Initiative zu der längst überfälligen Auseinandersetzung mit den KZ-Außenlagern und den Erinnerungen der "vergesenen Opfer" geht häufig auf Vereine wie die Berliner Geschichtswerkstatt zurück, die sich mit ihren Projekten für die so genannte Alltagsgeschichte stark machen und dabei Methoden der Oral History verwenden. Wie sinnvoll diese Arbeit ist, belegen beide Bücher. ○

* **Muster des Erinnerns. Polnische Frauen als KZ-Häftlinge in einer Tarnfabrik von Bosch, herausgegeben von Ewa Czerwiakowski und Angela Martin, Berlin (Metropol Verlag) 2005, 143 Seiten, 14 Euro**

** **Angela Martin, Ich sah den Namen Bosch. Polnische Frauen als KZ-Häftlinge in der Dreilinden Maschinenbau GmbH, Berlin (Metropol Verlag) 2002, 320 Seiten, 17 Euro**

Tschetschenische Flüchtlinge zwischen Polen und Deutschland

Treibgut in der Europäischen Union?

Von Regine M. Wörden

Brandenburg liegt als eines der östlichen deutschen Bundesländer an der polnischen Grenze. Die Außengrenze der EU wurde mit dem Beitritt zehn weiterer Staaten Richtung Osten verschoben, dennoch ist die Oder-Neiße-Linie, die die Grenze zwischen Polen und Deutschland markiert, weiterhin streng bewacht. Die sogenannte Drittstaatenregelung, die bis zum Beitritt Polens zur EU galt, hat es auch bis dahin für Flüchtlinge fast unmöglich gemacht, in Deutschland einen erfolgreichen Asylantrag zu stellen. Wurden sie beim illegalen Grenzübertritt vom Bundesgrenzschutz (BGS) festgenommen und konnte klar festgestellt werden, dass sie soeben einen der Grenzflüsse überquert hatten, wurden sie in den Zellen des BGS bis zu 48 Stunden inhaftiert. Hatte Polen seine Zustimmung gegeben, wurden sie nach Polen zurückgeschoben, ohne in Deutschland eine Chance auf das Stellen eines Asylantrags zu haben.

Seit Mai 2004 ist nun auch in Polen die DUBLIN 11-Verordnung in Kraft getreten, die vor der noch geltenden Drittstaatenregelung Vorrang hat. Diese Verordnung besagt, dass der Staat, den die Flüchtlinge in der EU als erstes erreichen, zuständig für die Durchführung des Asylverfahrens ist. In Tschetschenien herrscht seit 1994 Krieg. Mit aller Härte geht die russische Regierung gegen die Zivilbevölkerung vor, mehr als 400.000 Menschen sind seither aus der Kaukasusrepublik geflohen. Seit einigen Monaten kommen viele Tschetschenen auch über Polen nach Brandenburg, um in Deutschland oder anderen westlichen Staaten Schutz zu suchen. Doch wenn sie die Grenze nach Deutschland überquert haben, erwartet sie hier kein Schutz, sondern Abschiebehaft, denn zur legalen Einreise benötigen sie ein Visum, das sie von der russischen Föderation nicht erhalten. Nur wenn sie es schaffen, in westlichere Bundesländer oder wenigstens bis Berlin zu gelangen, wo man ihnen die illegale Einreise über Polen nicht mehr nachweisen kann, haben sie eine Chance, nicht inhaftiert zu werden.

Der Umgang mit tschetschenischen Flüchtlingen beschreibt ein hochaktuelles Problem der deutschen Abschiebepolitik. Auch wenn das Thema sehr speziell ist, wird gerade daran deutlich, dass der Einsatz gegen Rassismus, Diskriminierung und für Menschenrechte weit über ein multikulturelles Fest hinausgehen muss.

Tschetschenen überqueren meist in Terespol die beorussisch-polnische Grenze. Hier müssen sie einen Asylantrag stellen, da sie sonst keine Chance auf Einreise haben. Bei

illegaler Einreise droht Inhaftierung, ein dann gestellter Asylantrag garantiert keineswegs die Freilassung. Bei der Einreise erfolgt eine erkennungsdienstliche Behandlung und die Fluchtgründe müssen dargelegt werden. Nach der Einreise wird das polnische Asylverfahren eingeleitet, die Flüchtlinge werden in überfüllten Unterkünften untergebracht. 2004 wurden weniger als zehn Prozent der tschetschenischen Antragsteller in Polen ein Flüchtlingsstatus entsprechend der Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) zuerkannt. Im Februar 2005 fiel die Anerkennungsquote auf nur zwei Prozent. Nur anerkannte Flüchtlinge erhalten in Polen ein Jahr soziale Unterstützung, Flüchtlinge mit einem Tolerierten-Status jedoch finden sich auf der Straße wieder und haben das Problem, Wohnung und Arbeit suchen zu müssen. Anerkannte Flüchtlinge in Polen haben zwar das Recht auf Schulbesuch, Ausbildung und eine Arbeiterlaubnis, doch ohne offizielle Meldeadresse bleiben sie ohne Sozialhilfe und ohne Krankenversicherung. Hinzu kommt, daß gerade tschetschenische Flüchtlinge aufgrund der schrecklichen Brutalität des Krieges in ihrer Heimat besonders häufig traumatisiert sind. Eine medizinischpsychologische Versorgung gibt es selbst für polnische Staatsbürger kaum. Gerade einmal zwei Psychologen arbeiten in Polen derzeit mit Flüchtlingen. Somit geraten insbesondere Kranke, Alleinerziehende und kinderreiche Familien aufgrund des Verlusts der finanziellen und sozialen Hilfen nach Abschluss des Asylverfahrens in eine aussichtslose Situation.

Rassistische Abschiebungen

Das sind jedoch nicht die einzigen Gründe, aus Richtung Polen in den Westen zu reisen. Viele möchten mit nahestehenden Angehörigen und Freunden zusammenleben können. Das ist gerade für Menschen, die Gewalterfahrungen ausgesetzt waren, besonders wichtig. Zumal das Misstrauen unbekanntem Tschetschenen gegenüber sehr groß ist, da auch Tschetschenen auf russischer Seite gegen die Bevölkerung der Kaukasusrepublik kämpfen.

Viele Flüchtlinge haben auch früher schon den Ausgang des Asylverfahrens in Polen gar nicht abgewartet, sondern sind Richtung Westen weitergewandert. Im Unterschied zu der Zeit vor dem EU-Beitritt Polens ist infolge ihrer erkennungsdienstlichen Erfassung im EURODAC-System nun jedoch sofort erkennbar, wo sie in die EU eingereist sind. Somit ist eine Ausweisung nach Polen meist eine Frage der formalen Regelung. Allein in der zweiten Jahreshälfte 2004 erhielt Polen insgesamt 1.320 Wiederaufnahmeanträge nach dem Dublin-Verfahren aus anderen EU-Ländern, von denen 1.182 positiv beantwortet wurden. Die meisten Anträge stammten aus Deutschland. Trotz der Gefahr der Rücküberstellung versuchen viele tschetschenische und auch andere Flüchtlinge, weiter Richtung West- oder Nordeuropa zu ziehen. Hier haben sie Freunde, Verwandte, Bekannte. Doch die polnische-deutsche Grenze ist weiterhin stark gesichert. Überqueren die Flüchtlinge die Flüsse Oder und Neiße illegal und werden im Grenzgebiet von der Bundespolizei gestellt, bringt man sie nach Eisenhüttenstadt. Hier befindet sich auf dem gleichen Gelände wie das Abschiebegefängnis die Erstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge in Brandenburg. Beide liegen direkt an der polnischen Grenze. Bei den Familien werden die Frauen und Kinder im Familienhaus der Erstaufnahmeeinrichtung untergebracht, die Männer jedoch kommen in Abschiebehaft. Gemessen an den Erfahrungen, die diese Menschen gemacht haben, ist es eine psychische Zumutung, die Familien in dieser Art und Weise zu trennen. Zeitweise ist es auch schon vorgekommen, dass die minderjährigen Kinder in das Heim für alleinreisende Jugendliche in Brandenburg, ihre Eltern jedoch in die Haft gebracht wurden. Bis April 2005 stellten die Tschetschenen die größte Zahl der Häftlinge in der Abschiebehaftanstalt Eisenhüttenstadt. Doch nun gehen auch hier die Zahlen zurück, immer weniger Flüchtlinge kommen über die deutsch-polnische Grenze.

Fortsetzung S. 16

Der Roman „Wirren“ von Henryk Sienkiewicz

Vor hundert Jahren, am 10. Dezember 1905, hat der mit dem Roman "Quo Vadis" zu Weltruhm gelangte polnische Schriftsteller Henryk Sienkiewicz den Literaturnobelpreis bekommen. Nur wenige wissen, dass der Literat in eben jenem Jahr auch seinen einzigen zeitgenössischen Roman angesiedelt hat: "Wirren".

Polen im Jahr 1905. Seit mehr als 100 Jahren ist das Land eine Nation ohne Staatsgebiet, besetzt von den Teilungsmächten Preußen, Österreich und Russland. Folgt man dem kritischen Blick des Schriftstellers und glühendem Nationalisten, Henryk Sienkiewicz, hat sich sein eigener Stand, der polnische Adel, aus der Verantwortung heraus in resignierte Bequemlichkeit verzogen. Damit ist zunächst aber Schluss, als die erste Welle der Revolution über Russland hinweg bis ins besetzte Polen rollt und das Ende der zaristischen Besatzungsmacht andeutet. Im russisch besetzten Teil Polens brechen Streiks aus, der polnische Landadel muss plötzlich die "eigenen" Arbeiter fürchten. In diese "Wirren" gerät nicht nur Sienkiewicz selbst, sondern auch die Hauptfigur seines Romans, der junge Guts-

besitzer Władisław Krzycki. Der Tod seines Onkels beschert Krzycki eine illustre Gesellschaft zu Gast. Da sind die zum politischen Disput neigenden Herren Gronski und Dolhanski. Aber vor allem stürzen die drei attraktiven Damen im heiratsfähigen Alter - die Witwe Otocka, das Fräulein Marynia und eine englische Freundin, Fräulein Anney - Krzycki in turbulente Tage. Sein Herz schlägt, unter Schuldgefühlen, für das reizend herbe aber nur bürgerliche Fräulein Anney. Und dann tobt der Klassenkonflikt auch noch materiell: Krzycki wird beim Besuch des Gutes seines toten Onkels, das in den Einfluss russisch-kommunistischer Agitierer gefallen ist, angeschossen, woraufhin die ganze Gesellschaft nach Warschau flieht. Dort giftigt die Handlung: Die Revolution for-

dert ein unsinniges Opfer. Zwischen Krzycki und Fräulein Anney kommt es zu einem überraschenden Eklat, der einen Adelsstand von zweifelhafter Moral und festgefahrenen Vorstellungen bloßstellt.

Abgesehen von Sienkiewiczs hervorragender Qualität als Erzähler erscheint das Buch zunächst wie die bloße Nabelschau einer nach außen blinden Gesellschaftsschicht. Aber wissend, dass Sienkiewicz selbst zur Zeit seiner Romanfiguren gelebt und publiziert hat, kristallisiert sich ein von der russischen Zensur zwischen die Zeilen gezwungener politischer Witz heraus. Natürlich richtet sich dieser gegen die Besatzungsmacht, was dem Buch in Polen den Ruf einer nahezu prophetischen Vorhersehung der Solidarność eingebracht hat. Die Aktualität des Buches ist für den Manesse-Verlag der Grund gewesen, den hierzulande kaum bekannten Roman in der Reihe "Bibliothek der Weltliteratur" neu herauszugeben. Der Übersetzerin Karin Wolff ist es hervorragend gelungen, Sienkiewiczs reich mit Jugendstilornamenten verzierte Sprache wiederzugeben. Vor allem für Osteuropa-Interessierte ein Lesevergnügen. ○

"Wirren": Manesse Verlag Zürich 2005. Mit einem Nachwort von Olga Tokarzuk. ISBN 3-7175-2072-5. EUR 22,90.

Fortsetzung von S. 15

Die Verfahrensweise der sofortigen Zurückschiebungen scheint sich unter den Flüchtlingen herumgesprochen zu haben. Wählen sie nun andere Wege oder andere Fluchthelfer? Oder gelingt eine Weiterflucht nach Westeuropa nun einfach immer seltener? Die lang geforderte Rechtsberatung für die Menschen in Abschiebehaft ist lange Zeit vom Innenministerium untersagt worden, seit September 2005 wird sie nun angeboten. Bedingung des Innenministeriums war, dass nur in Brandenburg zugelassene Anwälte in Eisenhüttenstadt tätig werden dürfen, alle Berliner Anwältinnen, die sich engagieren wollten und auch eingehend mit der Thematik befasst sind, dürfen es nicht. Wie die Beratung läuft und angenommen wird, ist derzeit noch unklar.

Im Niemandsland

Die Asylanträge der Flüchtlinge werden in der Haft entgegengenommen, die Flüchtling (bleiben jedoch inhaftiert. Wessen Fingerabdrücke in Polen erfasst sind, der wird dorthin abgeschoben. Ist dies nach vier Wochen nicht erfolgt, müssen die Menschen aus der Haft entlassen werden, denn es handelt sich um eine Inhaftierung zu Verwaltungszwecken und nicht um eine Straftat. Nach der Freilassung tauchen

viele Tschetschenen unter, um zu Verwandten in andere EU-Staaten zu gelangen. Was muss ein Mensch, der durch einen jahrelangen brutalen Krieg traumatisiert wurde, empfinden, wenn er in dem Land, in dem er Schutz erwartet, inhaftiert und mit Polizeigewalt wieder abgeschoben wird? Die Gefahr einer Re-Traumatisierung ist sehr hoch. Hinzu kommt, dass die Flüchtlinge größtenteils nicht psychologisch betreut werden. Die Flüchtlinge, die es geschafft haben, einen Behandlungsplatz in den Psychologischen Zentren im nahe gelegenen Berlin zu erhalten, werden oftmals trotzdem zurückgeschoben. Anfang April 2005 wurde eine tschetschenische Familie in einer der üblichen nächtlichen Aktionen an die polnische Grenze gebracht. Die Familie befand sich in psychosozialer Behandlung. In Handschellen wurden sie von der Polizei auf die polnische Seite begleitet. Der polnische Grenzschutz inhaftierte die Familie für eine Nacht, anstatt sie mit dem Zug weiter in Richtung des ihnen zugewiesenen Lagers fahren zu lassen. Am nächsten Tag wurde die Familie zu einem Bahnhof gebracht und dort stehen gelassen - ohne jegliche finanzielle Mittel. Sie sollten selber sehen, wie sie das weit entfernte Lager, das sie aufnehmen sollte, erreichen konnten. Hier

zeigt sich die völlige Unfähigkeit der deutschen und der polnischen Behörden, mit traumatisierten Menschen umzugehen.

Die Frage nach einer Harmonisierung des Asylrechts der europäischen Staaten stellt sich also derzeit nur auf dem Papier - faktisch sind die Anforderungen an die neuen Mitgliedsstaaten so gestiegen, dass diese für sie (noch) nicht erfüllbar sind. Zugleich lehnen sich die alten EU-Staaten mit dem Verweis auf die DUBLIN II-Verordnung zurück und schieben jegliche Verantwortung den neuen Mitgliedsstaaten zu, die an der EU-Außengrenze liegen. Auch hier werden immer wieder große Defizite beim Umgang mit Asylsuchenden deutlich. Somit entziehen sich die westlichen EU-Mitgliedsstaaten mit der DUBLIN II-Verordnung ihren humanitären und völkerrechtlichen Verpflichtungen den Menschen gegenüber, die Schutz und Hilfe suchen. Der besonderen Situation traumatisierter Menschen muss ebenso Rechnung getragen werden wie einer Transparenz der Verfahren für die Betroffenen mit der Möglichkeit einer qualifizierten Beratung. ○

Infos:

info@fluechtlingsrat-brandenburg.de,
www.fluechtlingsrat-brandenburg.de

(aus: Die rote Hilfe, 32. Jg., Nr. 1.2006.

Wir danken für das Nachdrucksrecht)

Polnische Lager

Von Friedrich Leidinger

Im Dezember 2005 schrieb die Süddeutsche Zeitung an prominenter Stelle über ein "polnisches Lager Sobibor". Der Autor dieser Zeilen schrieb einen knappen Leserbrief, Sobibor, Treblinka, Majdanek und Auschwitz seien zwar Orte in Polen, aber die dort errichteten Lager seien von Deutschen geplant, errichtet und betrieben worden, also deutsche Lager. Nur wenige Wochen später war auf Seite Eins der Süddeutschen Zeitung in einem Artikel über die neu errichtete Gedenkstätte am historischen Ort der Wannsee-Konferenz zu lesen, im "polnischen Lager Chelmno" seien Juden ermordet worden. Ich schrieb erneut einen Brief an die Redaktion und wies auf den Wiederholungsfall hin, worauf mir der verantwortliche Redakteur antwortete, und sich für den nachlässigen Sprachgebrauch entschuldigte.

Es handele sich um ein Wahrnehmungsproblem, schließlich wisse in Deutschland "jeder", dass die Deutschen die Juden ermordet haben. Es sei aber bekannt, dass polnische Leser diese Formulierung "als

Washington Post in einer Buchbesprechung mit Bezug auf Auschwitz die Formulierung "the infamous Polish concentration camp", am 20. September 2005 meldete der Australische Fernsehsender ABC TV

leumdung". Während der polnische Botschafter in Paris protestierte, verließ die Anwesenheit des damaligen französischen Präsidenten François Mitterrand und zahlreicher Minister seiner Regierung der Uraufführung von "Shoah" 1985 in Paris besonderen Glanz. Mitterrand, dessen politische Laufbahn im Dienste des mit den deutschen Besatzern Frankreichs kollaborierenden Vichy-Regimes aus heutiger Sicht zumindest umstritten ist, versuchte sich mit dieser Inszenierung an die Spitze einer geistigen Strömung zu stellen, die nicht nur in Frankreich weit verbreitet war: Die Polen seien am Holocaust zumindest insoweit schuldig, als sie tatenlos der Vernichtung ihrer jüdischen Nachbarn zugesehen hätten. Die Tageszeitung Libération schrieb aus diesem Anlass unter der Überschrift "Polen auf der Anklagebank", "alle polnischen Massenbewegungen mit Ausnahme der Solidarność hatten antisemitischen Charakter".

"Polnische Ghettos", "polnische Lager" - Weiß wirklich jeder bei uns, dass es sich dabei um deutsche Einrichtungen im von Deutschland besetzten Polen handelte? Dass es bis 1940 in Polen überhaupt keine Ghettos gab, sondern dass Juden und Nichtjuden seit dem Mittelalter, dem Beginn der jüdischen Siedlung in Polen ohne räumliche Trennung benachbart lebten? Dass das "Warschauer Ghetto" kein "Ghetto" wie die Ghettos in Worms, Mainz oder Trier war, sondern ein Konzentrationslager, gebildet durch Absperrn eines Stadtviertels und Ausweisung aller nichtjüdischen Bewohner sowie Deportation aller Juden aus Warschau und Umgebung dorthin? Dass das deutsche Besatzungsregime in Polen vom ersten Tag an einen rassistischen, auf ethnische Vernichtung abzielenden Charakter hatte und nichtjüdischen Polen und polnischen Juden bei nur geringer Differenzierung als "Untermenschen" ein grundsätzliches Lebensrecht absprach? Ungefähr 25.000 junge Israelis reisen jedes Jahr nach Polen. Die meisten von ihnen wissen nichts von der Blüte der jüdischen Kultur während der tausendjährigen jüdischen Geschichte in Polen, die in keinem christlichen Land der Diaspora ihresgleichen findet. Sie betrachten das Land, welches sie besuchen, als Hort eines aggressiven Antisemitismus, als Stätte der Vernichtung und als Friedhof des jüdischen Volkes. Dieser Glaube wird unterstützt durch die besonderen Sicherheitsmassnahmen während der Reise. Es gibt immer noch Geschichtsstunden in israelischen Schulen, in welchen die Schüler hören, dass Polen dem Bau von Konzentrationslagern zustimmte.

Leserbrief

Sehr geehrte Damen und Herren, in dem Beitrag "Alles ist Eitelkeit" (SZ Nr. 273 vom 26./27. November 2005, Seite 15) zum 80. Geburtstag von Claude Lanzmann ist Ihrem Autor Fritz Göttler gleich zweimal das Wort von den "polnischen Lagern" bzw. dem "polnischen Lager Sobibor" in den Text geraten. Ein Versehen? Absicht? Sollte etwa auch die Redaktion der "Süddeutschen" zu denjenigen Presseorganen gehören, denen man wieder erklären muss, dass der Tod ein Meister aus Deutschland ist? Sobibor ist zwar ein Ort in Polen, ein "polnisches Lager Sobibor" hat es jedoch nie gegeben. Sobibor war - genauso wie Auschwitz-Birkenau, Majdanek, Belżec, Treblinka und alle anderen Lager im besetzten Polen - ein deutsches Vernichtungslager. Die Formulierung Göttlers kann man wohl nur als Symptom fortgeschrittener Verdrängung und Verleugnung historischer Fakten deuten, wenn man ihm nicht Böswilligkeit unterstellen will. Intellektuelle Redlichkeit und journalistische Verantwortung hätten ihm jedenfalls eine solche Fehlleistung kaum durchgehen lassen.

Mit freundlichen Grüßen, Dr. Friedrich Leidinger

diskriminierend empfinden" könnten, wiederholt habe man in mehreren Redaktionskonferenzen auf diese Problematik hingewiesen, es gebe die klare Anweisung, stets von "deutschen Lagern in Polen" zu schreiben. Unter großem Zeitdruck in der Redaktion sei der Fehler "durchgerutscht".

Alles nur ein Lapsus? Ein technisches Versehen?

Sicher, die publizierte Haltung der Süddeutschen und ihrer Redakteure zur jüngsten Vergangenheit ist eindeutig und frei vom Schatten eines revisionistischen Verdachts, aber man möchte doch annehmen, dass hier mehr als nur ein Problem der Perception eines unzulässig verkürzenden Attributes vorliegt. Denn natürlich meint "polnisches Lager" nicht etwa "in Polen gelegenes Lager", sondern bezeichnet eine besondere Eigenschaft, so wie "bairische Blasmusik" oder "deutsche Wertarbeit". Und der "Lapsus" der Süddeutschen ist in einen Kontext einzuordnen, der die Annahme eines nur zufälligen Fehlers schwer macht.

Am 17. November 2002 benutzte die

anlässlich des Todes von Simon Wiesenthal, dieser sei Überlebender eines "Polish concentration camp". Die kanadischen Sender CTV Television und CTV Newsnet berichteten am 8. November 2003 über einen jüdischen Überlebenden der Shoah, der als Kind in "ein polnisches Ghetto" deportiert worden sei, und am 30. April 2004 über den ehemaligen SS-Mann John Demjanuk, ein für seinen Sadismus bekannter Wachmann "im polnischen Konzentrationslager Treblinka".

In der Süddeutschen erschien der Begriff vom "polnischen Lager Sobibor" in einem Beitrag zum 80. Geburtstag des Dokumentarfilmregisseurs Claude Lanzmann. Dessen Meisterwerk über die Ermordung der Juden Europas "Shoah" zeigte polnische Bauern und Bahnarbeiter, die keine 40 Jahre nach den Ereignissen ihre Gleichgültigkeit gegenüber dem Schicksal ihrer jüdischen Nachbarn nicht verbargen. Der Film löste damals in Polen eine heftige Debatte aus. Die (kommunistische) Partei, Regierung und Katholische Kirche fanden zum Schulterchluss gegen "antipolnische Ver-

An die Süddeutsche Zeitung, Chefredaktion, (...) 17.1.2006
 Sehr geehrter Herr Kitz, sehr geehrte Damen und Herren,
 die journalistische Qualität Ihrer Zeitung steht in hohem Ansehen.
 Umso ärgerlicher ist die Erfahrung, dass Sie offenbar wiederholt
 in Bezug auf die deutschen Verbrechen in den während des 2.
 Weltkriegs besetzten Ländern Europas von "polnischen Lagern"
 schreiben. So konnte man heute auf der 1. Seite Ihrer Zeitung von
 dem "polnischen Lager Chelmno" lesen. Ein solches Lager hat es
 aber nie gegeben. Chelmno ist der Name eines Weilers in Zentral-
 polen, in dessen Nähe die deutschen Machthaber während des
 Krieges zehntausende jüdische Menschen transportierten, um sie
 sofort nach der Ankunft in Gaswagen zu ermorden. Die Opfer
 kamen vor allem aus dem in Lodz ("Litzmannstadt") errichteten
 Ghetto. Vor wenigen Wochen war in einem Beitrag zum 80.
 Geburtstag von Claude Lanzmann ("Alles ist Eitelkeit"; SZ Nr.
 273 vom 26./27. November 2005, Seite 15) gleich zweimal von
 den "polnischen Lagern" bzw. dem "polnischen Lager Sobibor"
 zu lesen. Und auch am 16.10.2004 haben Sie in einem Bericht
 über die Deportation einer jüdischen Frau aus dem niederländi-
 schen Tilburg im Jahre 1944 ("Wieder geht ein Transport ab und
 diesmal sind wir dabei") die Formulierung vom "polnischen
 Lager Sobibor" benutzt.

Sind also Sobibor, Chelmno - oder gar Auschwitz-Birkenau,
 Majdanek, Belzec, Treblinka und alle anderen Lager im besetzten
 Polen - "polnische Lager" gewesen? Muss man nicht bei dem
 Autor solcher Begriffe fortgeschrittene Verdrängung und Verleug-
 nung historischer Fakten oder schlicht Ahnungslosigkeit vermu-
 ten, wenn man ihm nicht Böswilligkeit unterstellen will? Aber
 warum steht es dann in der Süddeutschen Zeitung? (...)

Mit freundlichen Grüßen, Dr. Friedrich Leidinger, Deutsch-Polni-
 sche Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland e.V.

18.1.2006

Sehr geehrter Herr Dr. Leidinger,
 Sie haben natürlich völlig Recht, und ich entschuldige mich für
 den nachlässigen Sprachgebrauch. Die Problematik mit der For-
 mel "polnische Lager" ist nicht zuletzt eine der Wahrnehmung.
 Die deutsche Perzeption dieses Ausdrucks beinhaltet selbstver-
 ständlich, dass es deutsche Lager in Polen waren, weil jedermann
 weiß, dass die Judenvernichtung von den Deutschen betrieben
 wurde und nicht von Polen. (...) Es gehört aber selbstverständlich
 zur Aufgabe der SZ als Zeitung, hier den genauen historischen
 Sachverhalt wiederzugeben und nicht den Volksmund. Denn wir
 wissen, daß polnische Leser solche Verkürzungen des Gemeinten
 als diskriminierend empfinden können.

Wiederholt wurde daher in mehreren Konferenzen auf diese Pro-
 blematik hingewiesen und seitens der Chefredaktion die klare
 Anweisung gegeben, stets von "deutschen Lagern in Polen" zu
 schreiben. Es hätte also in dem Beitrag heißen müssen: Im von
 den Deutschen errichteten Lager in der Nähe des polnischen
 Chelmno begann schon Ende 1941 . . .

Der von Ihnen zu recht monierte Beitrag auf der gestrigen Seite 1
 wurde, wie mir die Kollegen von der Politik mitgeteilt haben,
 unter großem Zeitdruck redigiert und korrigiert. Dabei ist mein
 Fehler durchgerutscht. (...)

Mit freundlichen Grüßen, Lothar Müller

18.1.2006

Sehr geehrter Herr Dr. Müller, (...)
 Es sind nicht allein unsere polnischen Freunde hier irritiert. Deren
 Irritation ist auch nicht auf eine vielleicht übersteigerte nationale
 Empfindlichkeit zurück zu führen. Sie rührt vielmehr daher, dass
 das polnische Volk als ganzes Opfer des nationalsozialistischen
 Deutschland geworden ist, und dass nichtjüdische Polen in ganz

ähnlicher Weise wie jüdische Polen als "rassisch wertlos", "Unter-
 menschen" etc. der Verfolgung und dem Terror unterlagen (siehe
 Martin Broszat, "200 Jahre deutsche Polenpolitik"). Die Rolle der
 polnischen Nation als Opfer, der Verlust von Millionen von Men-
 schen, die als Juden und Nichtjuden polnische Bürger gewesen
 waren, die unübersehbare Benachteiligung der polnischen NS-
 Opfer gegenüber NS-Opfern in den westeuropäischen Ländern
 und gegenüber jüdischen Opfern in allen Belangen der Entschädi-
 gung durch die Bundesrepublik Deutschland, alles das fügt sich in
 der kollektiven Erfahrung der Menschen in Polen zu einem Bild
 und lässt den Begriff von den "polnischen Lagern" als zynische
 Umdeutung der Geschichte erscheinen.

Es bleibt aber noch mehr die beunruhigende Wahrnehmung, dass
 trotz aller Aufklärung bei einigen Menschen in Deutschland, und
 bei noch viel mehr Menschen im Ausland, eine Vermutung anzu-
 treffen ist, dass es kein Zufall sei, dass die Vernichtung in Polen
 stattgefunden hat, und dass "die Polen" irgendwie mitschuldig
 oder gar hauptverantwortlich gewesen seien. Solche Einschätzungen
 werden durch subtile Wortfehler eher gefördert, als durch plumpe
 Nazi-Sprüche. (...)

Mit freundlichen Grüßen, Dr. Friedrich Leidinger

18.1.2006

Sehr geehrter Herr Dr. Leidinger, (...)

3. Es kommt aber etwas hinzu, das ich gerne näher ausführen
 würde und hier vorläufig nur andeuten kann: Ich würde gern
 gegen Ihre These, die inkriminierte Formel "polnische Lager" sei
 immer und überall eine gefährlichere, weil subtilere Diskriminie-
 rung als offen antipolnische Propaganda, Einspruch erheben. Und
 zwar nicht aus historisch-politischen, sondern aus philologischen
 Gründen, die ich freilich für politisch relevant halte. Denn es will
 mir nicht recht einleuchten, daß ich mit meinem Lapsus in dem
 Artikel zur Neueröffnung der Dauerausstellung in der Gedenkstät-
 te Haus der Wannseekonferenz mehr Unheil angerichtet haben
 soll, als wenn ich z.B. in einem eigens diesem Thema gewidme-
 ten Artikel die These vertreten hätte, der polnische Antisemitis-
 mus sei in gleicher Weise verantwortlich für den Holocaust wie
 die deutsche Vernichtungsmaschinerie.

Sie lesen, was Ihr gutes Recht und Ihre Pflicht als Repräsentant
 Ihrer Organisation ist, wie ein Detektor, der Texte auf problema-
 tische Formulierungen hin durchsucht. Die innere Logik, der Sie
 dabei folgen, würde ich eine Hermeneutik des Verdachts nennen:
 dem Verdacht, es solle die polnische Geschichte umgedeutet, das
 Leid der polnischen Opfer der Deutschen relativiert werden (etwa
 gegenüber den jüdischen Opfern). Die Fundstücke in der Presse,
 die Sie zu Recht inkriminieren, haben aber nicht alle das gleiche
 Gewicht, selbst wenn sie die identische Formel verwenden. Um
 beim konkreten Fall zu bleiben: Ich hätte mich noch viel mehr
 über mich geärgert, wenn ich die Formulierung in einem Artikel,
 sagen wir über einen Zirkusartisten der Nachkriegszeit verwendet
 hätte, dessen Eltern in einem "polnischen Lager" umgekommen
 wären. In diesem Fall hätte die Assoziation "ein von Polen errich-
 tetes Lager" näher gelegen und hätte sich unkontrollierter entfal-
 len können. In meinem Text ist das Auftauchen der Formel ärger-
 lich genug, aber sie wird durch den Kontext gewissermaßen 'kont-
 trolliert'. Das ist nicht mein Verdienst, aber es ist so: die Gesamt-
 perspektive des Artikels ist auf die bürokratische Vorbereitung
 und Durchführung der "Endlösung" fokussiert. Dadurch ist der
 Weg von der Formel zu einer Lesart, die darin tatsächlich die
 Behauptung wahrnimmt, die Polen hätten als Subjekte der Ver-
 nichtung agiert, sehr viel weiter, als Sie anzunehmen scheinen.
 (...)

Mit freundlichen Grüßen, Lothar Müller

Westeuropäische und amerikanische Feuilletons haben die Vorgänge vom Juni 1941 im polnischen Jedwabne, als ein Mob unter deutscher Aufsicht über die jüdischen Bewohner des Kleinstädtchens mordend und sengend herfiel, ausgiebig kommentiert; zu anderen Fragen legen sie sich in der Regel größere Zurückhaltung auf: Warum unterließen es die Regierungen der USA und Großbritanniens, ihre Erkenntnisse über den Massenmord in den Menschenschlachthäusern in Auschwitz, Belzec, Sobibor, Majdanek und Treblinka zeitnah publik zu machen und zum Beispiel gezielt Transportlinien und Infrastruktur dieses Unternehmens anzugreifen? Wie verhielten sich die Gesellschaften in Frankreich, Belgien und den Niederlanden unter deutscher Besatzung gegenüber den eigenen jüdischen Nachbarn, wie begünstigte Kollaboration die Deportation fast aller Juden mit so mörderischer Effizienz? Die in Lanzmanns Film gezeigte Raffsucht polnischer Landproletarier, die sich unter den Bedingungen der Besatzung die Habseligkeiten ihrer fortgetriebenen jüdischen Nachbarn aneigneten, wurde zur Metapher eines "polnischen Antisemitismus". Doch in welchem Verhältnis dazu steht der massenhafte Raub jüdischen Eigentums durch deutsche Behörden, Handelsunternehmen, Banken und andere Institutionen, eine Beute, mit der die Deutschen in den Kriegsjahren alimentiert wurde und die die Erben der damaligen Räuber bis heute fast ungeschmälert genießen?

Vor einem Jahr traf der deutsche Bundeskanzler mit dem russischen Präsidenten Putin anlässlich der Moskauer Feiern zum 60. Jahrestag der Kapitulation des Deutschen Reiches zusammen. Sie feierten das Ende eines Krieges, der vom 22. Juni 1941 bis zum 9. Mai 1945 dauerte - der Zeit des Krieges zwischen dem Dritten Reich und den UdSSR. Władysław Bartoszewski, Auschwitz-Überlebender, Historiker und ehemaliger polnischer Außenminister sprach auf einer Konferenz über "Fakten und Lügen im Allgemeinwissen über den Holocaust" im November 2005 in Kraków: "Dies bedeutet, dass Millionen von Menschen sich dessen nicht bewusst sind, dass 1939 und 1940 - vor dem 22. Juni 1941 - Ghettos und Lager in den Gebieten errichtet worden sind, welche die Nazis okkupiert hatten, und Menschen zu Tausenden ermordet wurden."

Nein, die Frage der "polnischen Lager" ist keine Frage der "political correctness" und sie berührt mehr, als subjektive Empfindlichkeiten auf polnischer Seite. Es ist die Frage nach der historischen Wahrheit. ○

Am Scheideweg

Von Malgorzata Barwicka

Wird die Stiftung "Polnisch-Deutsche Aussöhnung" Ende dieses Jahres aufgelöst und werden 200 Mil. Zł., die sich auf ihrem Konto befinden, den Spendern zurückgegeben? Oder kommt sogar jemand auf die Idee, dieses Geld anstatt für die Unterstützung der Opfer des III. Reiches für andere Ziele einzusetzen? Wie geht es weiter mit den bisher realisierten Projekten? Am 6. Januar wurde die alte Leitung der Stiftung abberufen und eine neue berufen, aber über deren Pläne ist nicht viel bekannt. Und die inoffiziellen Informationen, die unsere Redaktion bisher erreichten, stimmen nicht optimistisch.

"Wir sind beunruhigt", sagt Marian Nawrocki, der Leiter vom Verband der im III. Reich geschädigten Polen. "Die Repräsentanten unserer 16 Wojewodschaftsverbände und 32 Regionalgruppen fragen, was in der Stiftung los ist. Bisher informierten wir sie einmal wöchentlich über die Arbeit der Stiftung über den Stand der Auszahlung der Unterstützungen und anderer Aktivitäten für und mit den Geschädigten. Seitdem der Vorstand ausgewechselt worden ist, besitzen wir keinerlei Informationen darüber", erklärt er. (...)

Im Namen der Stiftung steht das Wort "Versöhnung". Ein Anhänger solch einer Versöhnung war der abberufene Vorsitzende der Stiftung, Jerzy Sulek. Als die deutsche Presse über die Politiker von PiS [nationalkonservativ, heute Regierungspartei - d. Übers.] berichtete, unterstrich sie gewöhnlich deren antideutsche Neigung. Es fehlte nicht an Stimmen, die befürchteten, dass die Büchse der Pandora geöffnet würde und sich eine Spirale gegenseitiger Forderungen entwickeln würde. Der Präsident Polens ordnete noch als Präsident Warschau an, die Verluste zu errechnen, die die Stadt während des II. Weltkrieges erlitten hat. Einer der Autoren diese Studie war der jetzige Vorsitzende der Stiftung. Die Studie entstand quasi als Antwort auf die durch die Preußische Treuhand aufgestellten Forderungen. (...)

Ende 2006 ist die bisherige Mission der Stiftung erschöpft. Dann enden nämlich die Auszahlungen von Leistungen an die Opfer. Gleichzeitig verbleiben auf dem Konto der Stiftung etwa 200 Mil. Zł. (...) Der vorherige Stiftungsvorstand meinte, dass dieses Geld Teil der Spenden ist und deshalb für sozial-humanitäre Hilfe zur Verfügung stehen müsse. (...) Von April

2004 bis Dezember 2005 zahlte die Stiftung an über 60.000 Personen 33 Mil. Zł. für sozial-humanitäre Hilfe aus. (...)

Historiker und Politiker streiten heute über die zukünftige Aufgabe der Stiftung. Einige möchten, dass sie in ihrer bisherigen Form nicht weiter existieren sollte, d.h. sie sollte die Auszahlung von Geldern an die Opfer des III. Reiches einstellen. Sie sagen, dass man auf ihrer Basis ein Gegenstück zum deutschen Zentrum gegen Vertreibungen bauen soll. Die Entwicklung eines solchen antideutschen Ortes gefällt ganz offensichtlich dem Kultusminister, der sich in diesem Sinne in der "Rzeczpospolita" äußerte. (...) Die Angestellten der Stiftung, mit denen wir gesprochen haben, sind darüber verbittert, dass man ihnen das Etikett "Diebe" anklebte, die die Opfer des Nazismus ausnutzen. Sie wissen nicht, was sie erwartet, welche Politik der neue Vorstand durchführen wird. Sie fürchten sich, sich zu weit aus dem Fenster zu legen, denn es gibt das Gerücht, dass bis Ende des Jahres von 119 Angestellten im Januar (bei 109 Planstellen) etwa 30 verbleiben werden. Man überlegt, ob die Entlassung eines Archivangestellten der erste Vorbote war.

Seit einigen Monaten wandert die Ausstellung "Erinnerung bewahren" durch Polen, deren Eröffnung im September letzten Jahres im Königsschloss in Warschau stattfand. Mitte Januar konnten sie die Bewohner von Szczeciń sehen. Jedoch fielen von den über 30 Stellwänden, die die Zwangs- und Sklavenarbeit während der deutschen Besatzungszeit, die polnisch-deutschen Beziehungen sowie die Tätigkeit der Stiftung für die Versöhnung zwischen Polen und Deutschland zeigen, einige heraus. Für entbehrlich hielt der neue Stiftungsvorstand eine Stellwand, die die Parafierung des Vertrages für Ausgleichszahlungen wegen des Kursfalls zeigen, als der Euro mit dem Zloty verrechnet wurde; eine zweite, die den Gründungskongress der Union der Opfer des Nazismus zeigt (ein schlechtes Zeichen für die weitere Existenz dieser Organisation); sowie - was am meisten schockiert - eine Stellwand über die Feierlichkeiten zum 60. Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz. Die neue Leitung der Stiftung beabsichtigt ganz offensichtlich andere Akzente zu setzen, wie sie offensichtlich auch die polnisch-deutsche Versöhnung anders versteht. ○

(aus: Malgorzata Barwicka, Fundacja Pojednanie - Kto otworzy puszkę Pandory? Na Rozdrożu, Trybuna Nr. 40 (4854), 16 Februar 2006; Übersetzung: Wulf Schade, Bochum)

Nicht nur für Polen kämpfend

Eine Biografie von Claus Weyrosta ist erschienen

Von Hans Kumpf

Claus Weyrosta ist den Lesern und Leserinnen dieser Zeitschrift als langjähriges Mitglied des Bundesvorstands der Deutsch-Polnischen Gesellschaft der BRD und als Gründer des Landesverbands Baden-Württembergs bekannt. Bis 1997 agierte er im Südweststaat als Vorsitzender unseres Vereins.

Doch Weyrosta war mehr als nur ein Freund Polens, der schließlich mit dem Offizierskreuz des Verdienstordens der Republik Polen ausgezeichnet wurde. Jörg Palitzsch, Redakteur bei der "Bietigheimer Zeitung", hat in emsiger Fleißarbeit ein Buch geschrieben, in dem auch ein Weyro-

Ein Regierungsamt blieb dem agilen Politiker jedoch versagt - allzu gerne wäre er ja 1992 Staatssekretär in der (zweiten) Großen Koalition des Südweststaats geworden. An Ideen, Forderungen und Mahnungen mangelte es Weyrosta nie, er war eine Kämpfernatur, ein "Schlachtröss" eben. Doch den Kampf gegen seine vielen Krankheiten verlor er schließlich - am 27. September 2003 verstarb er. Bei der Trauerfeier in der Bietigheimer Stadtkirche nahmen langjährige politische Weggefährten teil, so auch Lothar Späth und Erhard Eppler. Eine ehrende Ansprache hielt sein "Ziehsohn", Hans Martin Bury, damals noch Staatsminister im Außenministerium. Jetzt verfasste Bury für die Biografie ein Vorwort.

Jörg Palitzsch ist in seiner Rolle als Buch-

autor gewiss mehr ein penibler Chronist als ein kritischer Kommentator. Er bedient sich vieler Quellen - ohne Schwierigkeiten kam er natürlich an das Zeitungsarchiv von Weyrosta's neuer Heimatstadt, aber auch die vielen hinterlassenen mit zahlreichen Dokumenten gespickten Leitz-Ordner des umtriebigen Politmenschen konnte er einsehen. So erfährt man beispielsweise etliche Details aus Briefwechseln zwischen ihm und Helmut Ridder, dem ehemaligen Bundesvorsitzenden der Deutsch-Polnischen Gesellschaft der BRD.

○ **Jörg Palitzsch: Das Schlachtröss - Eine Annäherung an den Sozialdemokraten Claus Weyrosta (1925-2003); Mit einem Vorwort von Hans Martin Bury, Druck- und Verlagsgesellschaft Bietigheim mbH, 232 Seiten, 58 Fotos, gebunden, Preis 22,90, ISBN 3-931843-12-2**



sta-Kenner viel Neues und Interessantes entdecken kann. Da wird die Familie des am 15. März 1925 in Breslau Geborenen vorgestellt und dessen Soldatenzeit beschrieben. Über seine eigenen Erlebnisse unmittelbar nach dem Hitlerüberfall auf das östliche Nachbarland hatte Claus Weyrosta bereits in dem Sammelband "Wach auf, es ist Krieg!" (ISBN 3-9801753-2-4) berichtet.

Der Vertriebene schufte zunächst als Maurer und studierte dann Architektur - und ließ sich in Bietigheim nieder. Als SPD-Abgeordneter im Landtag von Baden-Württemberg beschäftigte er sich vornehmlich mit der Ökonomie und Ökologie.

„Als viel angenehmer erlebte Claus Weyrosta eine weitere Reise des Vorstandes der Deutsch-Polnischen Gesellschaft, Landesgruppe Baden-Württemberg, vom 6. bis zum 10. Juni 1995 nach Polen. Über Nürnberg, Dresden und Görlitz ging es nach Katowice. Auf dem Programm standen Gespräche mit Vertretern örtlicher Umweltschutz- und Wirtschaftsbehörden, Verwaltungen, der Gewerkschaft Solidarność und der deutschen Minderheiten. Der Rektor der Polytechnischen Hochschule in Breslau (Wrocław), Andrzej Wiszyniecki, überreichte Claus Weyrosta die Medaille der "Polytechnika Wroclawska". Zum 85. Jubiläum der Technischen Universität in Breslau beschwor Weyrosta den europäischen Gedanken. "Viele Turbulenzen unserer gemeinsamen leidvollen Geschichte liegen hinter uns. Europa steht vor der Tür, für uns alle eine große Hoffnung! Polen hat nach der Wiedervereinigung Deutschlands im Westen einen stabilen, demokratischen Nachbarn bekommen und Sie sind direkter Nachbar der EU und der NATO geworden. Diese neue Nachbarschaft lässt in vielen Bereichen auf eine polnisch-deutsche Interessengemeinschaft bauen, sie gibt der Außenpolitik Ihres Landes eine wichtige Orientierung. Ich bin überzeugt, dass sich Polen längst als ein Teil dieser europäisch vereinten Seele betrachtet, auch deshalb, weil es seine gemeinsamen Werte teilt und sich ihnen seit Jahrhunderten verpflichtet fühlt. So werden Brücken gebaut. Und wir gehen gerne darüber." Bei dem Besuch in Schlesien ging es auch um ganz konkrete wirtschaftliche Hilfe. Die Woiwodschaft Oppeln erfreute sich schon mannigfaltiger Hilfe aus Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz, trotzdem wünschte man sich noch mehr deutsche Investoren und Joint Ventures. Der Auftrag an Weyrosta: Er solle im Landkreis Ludwigsburg für die 10 000 Einwohner zählende Gemeinde Korfantów eine Partnerstadt ausfindig machen. Weyrosta selbst sah sich allerdings nicht auf die Rolle des Brautwerbers beschränkt: "Wir waren Botschafter und Kundschafter zugleich", sagte er nach der Reise.

Vertieft wurde das Thema im November 1995 bei einem Essen zu Ehren des polnischen Außenministers Władysław Bartoszewski, zu dem Ministerpräsident Erwin Teufel ins Neue Schloss nach Stuttgart geladen hatte. Weyrosta wagte sich wieder einmal auf das diplomatische Parkett und warb für sein Projekt eines deutsch-polnischen Jugendtreffs. Sowohl Teufel als auch Bartoszewski sicherten ausdrücklich ihre Unterstützung zu.

Textauszug aus: Jörg Palitzsch: Das Schlachtröss, S. 184/5

"Ein Teil meines Herzens" von Wanda Przybylska

Von Renate Weiß

Polen wird am 1. September 1939 von Nazideutschland überfallen. Es wird besetzt. Der Krieg führt durch Polen in die Sowjetunion und der Rückzug wieder durch Polen. Fast bis zum unmittelbaren Ende des Krieges wüten die Faschisten. Hinterlassen wird ein verwüstetes Land. Kaum eine Familie ist verschont geblieben. Das Tagebuch erscheint in Deutschland 60 Jahre nach Beendigung des II. Weltkrieges, eines Krieges, der viele Millionen Menschenleben gekostet hat. Seine unmenschliche Wirkung ist noch heute gegenwärtig. Es ist fast unmöglich, sachlich über ein solch emotionsgeladenes Büchlein zu berichten. In dem vorliegenden Tagebuch schildert ein polnisches Mädchen seine Gefühle und Erlebnisse in dieser Zeit des Terrors und der Qualen für das polnische Volk.

Das Leben von Wanda war von ihrem 9. Lebensjahr an, von den Kriegsereignissen geprägt. Sie beginnt das Tagebuch 1942 und führt es, mit Unterbrechungen, bis Ende August 1944, bis zu ihrem Tode. Sie wurde auf der Flucht mit ihren Eltern aus dem Zentrum der Kämpfe des Warschauer Aufstandes erschossen.

Dieses Tagebuch ist in vielen Ländern Europas und in Japan bereits vor 40 Jahren erschienen. In der Bundesrepublik Deutschland konnte damals kein Verlag gefunden werden. "Nicht zeitgemäß" war die Begründung. Auf Initiative von Jolanta Kolczynska, Freundin von Wanda und heute aktive Mitarbeiterin im Vorstand des Verbandes der Warschauer Aufständischen, und der Gesellschaft für gute Nachbarschaft zu Polen, wurde vor einigen Jahren die Übersetzung in Angriff genommen.

Die Suche nach einem Verlag war zermürbend. Auf einer Konferenz der Deutsch-Polnischen Gesellschaft der Bundesrepublik e. V. lernte ich den Verleger Helmut Donat mit seinem Verlagsprogramm kennen. Nach Kenntnisnahme der Rohübersetzung sagte er eine Veröffentlichung zu. Es begann nun die Feinarbeit, sowohl der Übersetzerinnen (Lucie Ranft und Renate Weiß) als auch des Verlegers in Zusammenarbeit mit der Schwester der Tagebuchschreiberin, Jadwiga Przybylska-Wolf. Fünf Jahre nach der Bitte von Jolanta Kolczynska zu prüfen, ob ein Erscheinen in Deutschland möglich wäre, ist das Büchlein dankenswerter Weise durch den Donat-Verlag verlegt worden, ohne finanzielle Zuwendungen, alles auf ehrenamtlicher Grundlage. Die Ausgabe ist rundum gelungen.

60 Jahre nach dem Kriegsende ist das Tagebuch nun auch in Deutschland präsent. Der Jahrestag war Anlass, vermittelt von Veranstaltungen, Ausstellungen, Publika-

tionen über das Grauen jener Zeit nachzudenken. Besonders der Jugend sollte mit diesem Tagebuch die Unmenschlichkeit dieses Krieges und der Kriege überhaupt nahegebracht werden.



Im Geleitwort zur deutschen Ausgabe schreibt Hans Koschnick: "Hatte uns das Tagebuch der Anne Frank vor Jahrzehnten Anstoß zu einem solchen Nachdenken gegeben, es handelte von einer jungen jüdischen Heranwachsenden im Pubertätsalter, die über Monate hinweg in Amsterdam in einem Versteck leben musste und schließlich doch kurz vor der Befreiung im KZ Bergen-Belsen verstarb, so wird mit diesem hier vorliegenden Werk die Erfahrungs- und Gedankenwelt einer gleichartigen polnischen Heranwachsenden aufgezeigt. Eindringlich werden sichtbar, mit welchen Belastungen und Empfindungen

die Lebensspanne dieser zur Frau Heranreifenden beschwert wird. Auch hier geht es um die authentische Wiedergabe einer Lebenssituation."

Ein Leben mit dem Krieg

Mit 12 Jahren beginnt Wanda das Tagebuch als "ein Teil ihres Herzens" zu schreiben. Sie ist ein ganz normales Mädchen mit Flausen im Kopf, aber auch mit Träumen. Immer wieder schreibt sie sich ihre Seele frei von den schrecklichen Erlebnissen des Krieges. Ihre Betrachtungen gehen weit über die Gedankenwelt einer 12-jährigen in friedlichen Zeiten hinaus. Sie stellt sich und ihren Freundinnen solche Fragen, wie: Was ist Glück? Was ist Wahrheit? Wozu sind Träume wichtig?

Ihre Träume nehmen am Ende ihres Tagebuches, das so je beendet wurde, Gestalt an. Ein Aufsatz zeigt wie sie sich Warschau 20 Jahre nach dem Kriege vorstellt. Sie nutzt auch die Briefform, um Ihre Gedanken zu äußern. Im Sommer 1942 schreibt sie an eine Freundin: ".....Danusia, hast Du schon gehört, wie sanft die Kiefern säuseln? Was hast Du in dem Moment gedacht? Hast Du irgendwann an unser Vaterland gedacht? Ich sah, wie der Krieg tobte und die um unser Vaterland kämpfenden Soldaten. Ich sah sehr viel Blut, Elend und Hunger. Ich sah vor Kälte Sterbende, hörte ihr Stöhnen und Weinen. Was dachtest Du an diesem traurigen Tag?" Das Mädchen ist 12 Jahre! Worüber machen sich unsere 12 Jahre alten Kinder, Enkel Gedanken?

In ihrem Tagebuch werden die Ereignisse im Land und in Warschau reflektiert. Am 24. April 1943 berichtet sie kurz über den Ghettoaufstand: "Schon seit einer Woche tobt ein erbitterter Kampf. Die Juden leisten im Ghetto Widerstand. Alle paar Sekunden sind Kanonenschüsse und Gewehrschüsse zu hören."

Nur ein paar Tage später am 3. Mai 1943 äußert sie sich zum Polnischen Nationalfeiertag, dem Tag der Verfassung: "Heute gehe ich nicht zur Schule, denn es ist Feiertag. Es ist der 3. Mai, für die Polen ein großes Fest. Schon drei Jahre lang wurde dieser Feiertag nicht begangen. Wir, in den illegalen Schulen, feiern ihn trotzdem."

Zur Arbeit im Untergrund gehörten illegale Schulen, sogar Universitäten. In der gleichen Notiz kommt sie noch einmal auf den Widerstand der Juden im Ghetto zurück. "Es ist wahr, es sind nur noch sehr wenige, und sie verteidigen sich mit letzter Kraft. Fast das gesamte Ghetto brennt." Es wurde dem Erdboden gleich gemacht.

Im zweiten Teil des Tagebuchs, nachdem

sie etwa ein Jahr die Eintragungen unterbrochen hatte, schildert sie die Zeit kurz vor dem Warschauer Aufstand, der am 1. August 1944 begann und den Warschauer Aufstand selbst. Am 24. Juli 1944 schreibt sie: "Es beginnt heiß zu werden, aber eigentlich ist es schon heiß. Der Krieg kommt eiligen Schritts daher. Die Bolschewisten scheinen Flügel zu haben, und die Deutschen ebenso, nur dass sie fliehen." Wanda befindet sich zu dieser Zeit in Otwock bei Bekannten. "Ich schaue zu den Sternen und sehne mich nach Warschau. ... Warschau wurde bombardiert. Jeden Abend denke ich an meine Mutter, an meinen Vater, ... an die, die ich liebe und die in Gefahr sind! Ich denke an sie und Sorge mich. ..." Nach Warschau zurückgekehrt beschreibt sie die Situation. "Nein - es ist schrecklich die ganze Woche über fielen Bomben. Nicht mehr lange und die Stunde des Blutvergießens ist da. Nicht mehr lange, und die Stunde des Kampfes schlägt....." Dienstag, den ersten August, ist es so weit. Die Niederschrift zeugt von Angst, aber auch davon, wie sich Wanda selbst Mut macht. "Nach fünf Jahren flattern wieder die weiß-roten Fahnen im Wind, beim Aufhängen jeder Fahne klatschen wir. Angeblich geht alles einigermaßen, wahrscheinlich kann man sogar sagen, es geht gut"

Wanda beschreibt das Auf und Ab des Kampfes der polnischen Kämpfer. Am 28. August kommt sie auf dem Hof ihres Wohnhauses wieder einmal in eine lebensbedrohliche Situation. Ihr Mantel beginnt zu brennen. Sie wirft ihn geistesgegenwärtig weg. Am 29. August ist die letzte Eintragung im Tagebuch und am 4. September stirbt Wanda auf der Flucht mit ihren Eltern und ihrer Schwester aus dem Zentrum der Kämpfe.

Das Buch wird vorgestellt

Es ist den Mitgliedern unserer Gesellschaft eine Herzenssache, vor allem der Jugend unserer Tage die Gedanken und Träume von Wanda nahe zu bringen, uns für eine friedliche und freundschaftliche Nachbarschaft einzusetzen. Deshalb freut es uns sehr, dass am 26. März 2006 in Bremen, am Erscheinungsort des Büchleins, im Theater eine Lesung stattfinden wird. Organisiert wird sie von dem Verleger Helmut Donat. Veranstalter ist die dortige Deutsch-Polnischen Gesellschaft. Teilnehmen wird auch Hans Koschnick Die Lesung selbst erfolgt durch Schauspieler des Theaters. An der Veranstaltung werden die ältere Schwester von Wanda, Jadwiga Przybylska-Wolf und die Freundin Jolanta Kolczyńska als Zeitzeugen teilnehmen. Beide waren aktiv an den Kämpfen des

Warschauer Aufstandes beteiligt. Sie werden am 24. März in Berlin anreisen und von Lucie Ranft, Mitglied unserer Gesellschaft nach Bremen begleitet. Nach der Rückkehr aus Bremen, sind in Berlin unter Beteiligung dieser beiden Zeitzeugen Lesungen vorgesehen.

Am 28. März 16.00 Uhr ist mit dem Lichtenberger Kulturverein e. V. in der KULT-Schule in Berlin Lichtenberg, Sewanstr. Nr. 43, 10319 Berlin die erste Lesung vereinbart. Ebenso ist in der Reihe: "Literatur in Weißensee" eine Veranstaltung am 29.03.2006, 19.00 Uhr im Kulturverein Weißensee, Frei-Zeit-Haus Pistoriusstr. Nr. 23, vorgesehen. Am 30.03.2006, 11.00 Uhr wird in der Anna-Seghers-Bibliothek in Berlin Hohenschönhausen unter Teilnahme von Schülern eine Lesung stattfinden. Darüber hinaus sind noch einmal in der Zeit vom 8. bis 12. Mai 2006 eine Woche Lesungen, wieder mit den beiden Zeitzeuginnen vorgesehen. Zum Beginn dieser Woche wird am 8. Mai, 19.00 Uhr am Tag der Befreiung, eine Lesung im Polnischen Institut Berlin, Burgstr. 27, sein. Außerdem sind an vier bis fünf Schulen Lesungen geplant.

Im Sinne von Wanda möchten wir so mit unseren Aktivitäten für eine menschliche Welt wirken. ○

Tina Stroheker:

"Lodzer Wörterbuch"

Von Hans Kumpf

Die Verständigung mit Polen ist der 1958 in Ulm geborenen und nun in Eisligen bei Göppingen wohnenden Schriftstellerin Tina Stroheker eine Herzensangelegenheit. In ihren beiden Büchern "Polnisches Journal" und "Pommes Frites in Gleiwitz. Eine poetische Topographie Polens" vermittelte sie auf oft amüsante Weise viel Wissensreiches und Nachdenkenswertes über unser Nachbarland.

Auch im "Lodzer Wörterbuch" kommen Historie, Gegenwärtiges sowie Sprachkundliches nicht zu kurz. 2002 nahm sie in Stuttgarts Partnerstadt ein Stipendium als Stadtschreiberin wahr. Nach dem ABC geordnet reiht Tina Stroheker Episoden und Eindrücke hintereinander - beginnend mit "Ankunft", "Boot", "Brunnen", "Champignons", "Dreieinigkeit", "Erinnerung", endend mit "Wunder", "Xylophon", "Yesterday", "Zeit" und "Zwischen". Wiederkehrendes Thema ist das Spannungsfeld zwischen Polen, Juden und Deutschen in der Textilstadt. An diesem Prosa-Bändchen fallen lyrische Verkürzungen auf, vielfach

Sätze ohne Verben. Knapp und hart. Jeweils auf der linken Seite findet man den deutschen Urtext, daneben die Übersetzung von Tina Strohekers Freundin Sława Lisiecka. Wer die vielen Andeutungen selbst nicht entschlüsseln kann, dem stehen im Anhang zahlreiche und detaillierte

Erklärungen zur Verfügung. Kurzweilig und unbequem, eine lesenswerte Literatur. **Tina Stroheker: "Lodzer Wörterbuch - Słownik łódzki", 160 Seiten, kartoniert, Eislinger Edition (ISBN 3-929947-38-2 und Bibliotheka "Tygiel Kultury", Łódź (ISBN 83-88552-33-3)** ○

Fragen

Präsident K. wird eine Frau. Wahrheit oder Lüge? Der Gast vor Plakaten. Die Brüder K. haben den Mond gestohlen. Wahrheit oder Lüge? Wer fragt, wird nicht verraten. Noch nicht? Die Hiesigen verstehen die Anspielungen, ich brauche Hilfe, erst dann kann ich Jola Kwaśniewska grüßen und die Buben Jacek und Placek, die vor Jahren im Film den Mond stahlen. Meine Fragen sind anders: Wo sitzen die Schachspieler aus dem Altstadtpark winters? Warum schwankt am Plac Wolności der Boden, wenn eine Trambahn vorbei fährt? Wieso kann Frau Maria ihrer Tochter das Studium nicht bezahlen? Was tut die Alte vor der Marienkirche mit dem, was sie aufhebt, Papierfetzen, Laub, Kippen und Dosen? Warum ist die Verkäuferin feinsten Eclairs, Cremerouladen und Windbeutel schlecht gelaunt? Warum gibt es in Baluty so viele Hunde? Warum existiert kein Museum über die Geschichte der Lodzer Juden? Warum mag ich den Stary Rynek so? Wen sucht das steinerne Hündchen an der Fassade der Villa Kindermann? Warum mußte Zbyszek, der Dichter, so früh sterben? Warum sind diese Fragen so durcheinander?

(Auszug von Tina Strohekers "Lodzer Wörterbuch", Seite 26)

Mogę pomóc?

(Kann ich Helfen?)

Erfahrungsbericht einer 20-jährigen europäischen Freiwilligen in den Masuren

Von Franziska Schneider

Als auf dem Bahnsteig die Türen des Zuges nach Polen meine Eltern und mich mit drei dicken Taschen am 17. September 2005 trennten, fühlte ich mich wie ein verlassenes, abgestoßenes Vögelchen, das von einer auf die andere Sekunde fliegen können muss. Es war mein eigener Wille nach dreizehn Jahren Schule und Abitur endlich die Welt kennen zu lernen und meine eigenen Erfahrungen zu sammeln. Lehrbücher hatte ich genug gewälzt und zugehört habe ich auch lange genug. Es wurde Zeit für mich, endlich meinen Lebensdurst an der Welt zu stillen.

Ich interessierte mich bereits seit langem für die Prozesse in den osteuropäischen Ländern, insbesondere für mein Nachbarland Polen. Dieses Interesse deckt sich auch mit meinem Wunsch, an der Europauniversität Viadrina Frankfurt (Oder) zu studieren.

Das Finden einer richtigen Entsendeorganisation für den Europäischen Freiwilligendienst (EVS) hat einige Zeit in Anspruch genommen und die vielen organisatorischen Sachen haben nur durch hartnäckiges Nachhaken geklappt.

Doch letztendlich hat alles funktioniert. Die Vorbereitungsseminare haben über Rechte und Pflichten, Versicherungen und Schutz aufgeklärt, sowie sich aber größtenteils mit der psychischen Vorbereitung befasst.

Und dann ging alles sehr schnell. Der Zug brachte mich in ein Leben, das bis heute wie ein Schnelldurchlauf an mir vorbeigerauscht ist. Wir waren zwölf neue Freiwillige aus aller Herren Länder gewesen, die Mitte September das stille Örtchen Sorkwity bei unserer Aufnahmeorganisation Camp Rodowo in den Masuren erreichten. Nach einem zweiwöchigen Sprachkurs wurde es ernst.

Wir Masurschen Freiwilligen werden auf kleine Städtchen verteilt, die im Winter von besonders hoher Arbeitslosigkeit und

Armut betroffen sind. Ich hatte mich für Mikołajki entschieden. Dieser Touristenanziehungspunkt im Sommer gleicht im Winter einem zurückgezogenen Dörfchen.

Die richtige Wahl

Wie wird sich meine Arbeit gestalten? Wie werde ich aufgenommen? In was für eine



Kindergartengruppe in Mikołajki - Foto: Franziska Schneider

Gastfamilie werde ich kommen? Werde ich mich jemals in einem anderen Land einleben oder werde ich als eine deutsche Touristin abgestempelt? Mittlerweile haben sich diese ersten Ängste und Überlegungen in einem ausgefüllten, organisierten Leben in Mikołajki geklärt. Ich wurde überall mit einem freundlichen Lächeln aufgenommen und man bemüht sich so gut es geht, mich zu unterstützen. Es wird sich, wenn es nicht anders geht, mit Händen und Füßen unterhalten. Das Interesse, das die Menschen an mir und meinem Leben bekunden, zeigt mir, dass ich nicht als eine deutsche Touristin aufgenommen werde. Die Achtung, die mir entgegengebracht wird, weil ich fast ein Jahr aus meinem Heimatland in ein anderes Land gehe, gibt mir genug

Kraft, meine eigene Sehnsucht nach der Familie zu lindern.

Ich bin sehr glücklich mit meinen Projekten und meinen Aufgaben in dieser kleinen Stadt. Besonders hervorzuheben an dem EVS in Mikołajki ist, dass ich viele Möglichkeiten habe, in verschiedenen Einrichtungen tätig zu werden. Die Projekte setzen keine unüberwindbaren Grenzen. Ich arbeite zwei Mal die Woche in einer Fünfjährigen Kindergartengruppe und in einer Tagesbeschäftigungsstätte für behinderte Menschen. Dort kann ich meiner Kreativität freien Lauf lassen und lerne, mich mit der polnischen Sprache mehr und mehr zu verständigen. Eine Arbeit, die mir oft zeigt, wie schön und gleichzeitig auch hart das Leben sein kann. Wenn ich nachmittags geschafft vom Kindergeschrei in mein Zimmer komme, bewundere ich den Job einer Kindergärtnerin, die sich jeden Tag darum bemüht, die Kinder auf das Leben vorzubereiten. Die Erfahrung, dass meine Hilfe gern angenommen wird und einfacher menschlicher Kontakt einen so mit Glück erfüllen kann, habe ich in den 13 Jahren Schule nie gemacht.

Den Grossteil meiner restlichen Arbeitszeit befinde ich mich im "Marion Dönhoff Lyzeum". Gräfin Marion Dönhoff war Chefredakteurin und Herausgeberin der Wochenzeitung "Die Zeit". Sie hatte sich als Antifaschistin besonders für die Verständigung Deutschlands mit den Völkern Osteuropas eingesetzt. Hierin sehe ich meine Aufgabe auch als eine Vermittlung der Kenntnisse von Geschichte und Gegenwart beider Völker. Das Wissen übereinander steht an erster Stelle und ich versuche als Deutsche, Vorurteile und Misstrauen gegenüber Deutschland aufzuklären und bestenfalls abzubauen. Mir werden alle Türen offen gehalten, damit ich einen realistischen Eindruck von meinem Nachbarland Polen bekomme. Durch die sehr gute sprachliche Ausbildung in Deutsch und Englisch, hat sich die Schule einen Namen gemacht. Ich gebe unter anderem auch den Schülern die Möglichkeit einer Deutschkonversation. Leider sind durch den vorrangigen Erwerb von Sprachkenntnissen, jegliche künstlerisch, kreativen Fächer verbannt worden. Aber da die Schüler enormes Interesse und Talent aufweisen, haben wir Europäischen Freiwilligen mit zwei Lehrern der Schule eine Musikgruppe und eine Theatergruppe gegründet.

Ich versuche auch mein Interesse an der gemeinsamen Geschichte unserer beiden Völker und das Miteinander auf der Basis der gegenseitigen Akzeptanz und Kooperation in einem historischen Projekt zum Ausdruck zu bringen. Zusammen mit

einem Europäischen Freiwilligen aus Frankreich habe ich mich mit dem sehr vernachlässigten jüdischen Friedhof in Mikołajki beschäftigt. Wir haben einige interessierte Bürger von Mikołajki zur Mitarbeit gewonnen und mit der Unterstützung des Marion-Dönhoff-Lyzeums ein Projekt der Restauration und geschichtlichen Aufarbeitung organisiert.

Nicht nur Spielen und Beschäftigung

Die jüdische Stiftung "Fundacji Ochrony Dziedzictwa Żydowskiego" bietet ein Projekt speziell für Schulen an, in dem darauf Wert gelegt wird, diese wichtigen Erinnerungen an die und Mahnung aus der Geschichte mit Jugendlichen aufzuarbeiten und sie in die Pflege des Geländes einzubeziehen. Wir versuchen das Interesse der BürgerInnen von Mikołajki auf das historische Erbe zu lenken und hoffen, dass das Projekt nicht nur formelle, sondern lebendige Form annimmt. In den lokalen Medien haben wir unser Projekt bereits vorgestellt. Aktuelle Diskussionen und die politischen Entwicklungen in Polen versuche ich zu beobachten, sowie Probleme und Umgangsweisen der Menschen zu verstehen. Ich möchte den Menschen in Mikołajki zeigen, dass es nicht nur Touristengruppen gibt, die das wunderschön gelegene Städtchen im Sommer bevölkern und zum Leben erwecken, sondern auch

lernbegeisterte Ausländer. Es lässt sich schwer in einem Satz zusammenfassen, wie viel ich bisher erfahren habe. Vor allem die polnischen Mentalitäten, Kulturen und Lebensverhältnisse werden mir in einer sonst schwer möglichen Ansicht gezeigt. Das gemeinsame Wohnen mit einer polnischen Gastfamilie, die vielen Gespräche mit Lehrern, aber auch einfach einer Verkäuferin, eröffnen mir einen lebendigen Blick in polnische Verhältnisse. Ich erfahre und lerne auf direktem Weg und kann durch eigene Initiative die Mentalitäten und Traditionen miterleben. Für neun Monate in einem anderen Land zu leben, heißt, einen direkten Blick in die Landes- und Kommunalpolitik, die Familienverhältnisse, den Lebensstandard und die Traditionen zu erhalten.

Rücksichtnahme und gegenseitige Verständigung

Ich sehe meine Aufgabe darin, den europäischen Gedanken nach Polen zu tragen und dazu beizutragen, dass er verfestigt und weiterentwickelt wird. Durch meine Arbeit führe ich Nationen zueinander und kann einen weltoffeneren und globalen Blick auf die Welt fördern. Die geschlossene Gemeinschaft, die gegenseitige Hilfe und Rücksichtnahme, die Freuden über Kleinigkeiten im Leben zeigen mir Tag für Tag, dass Liebe und Frieden gegenüber allen Menschen das Leben enorm erleichtern

können. Vielleicht liegt es hier auch an den sehr eisigen Temperaturen, dass man sich mehr Herzenswärme entgegenbringt. Doch selbst diese Kälte draußen, entzündet in mir ein Feuer. Ein Feuer der Lust zu Helfen und dafür einfach nur ein breites, aber noch ungeschminktes Kinderlächeln entgegen zu nehmen.

Ein Lächeln für die Welt

Heute sehe ich, dass sich die Zugtüren am Beginn meiner Reise nicht geschlossen, sondern mir die Richtung in mein zukünftiges Leben gezeigt haben. Trotz aller Sehnsüchte, Missverständnisse und Schwierigkeiten, habe ich in diesen fünf Monaten so viel gelernt, gesehen und selber ausprobiert, dass ich einen Europäischen Freiwilligendienst nur jedem ans Herz legen kann. Die Chancen, sich selbst zu verwirklichen und zu erfahren wie das Leben in anderen Ländern ist, ohne das Gefühl alleine dazustehen, ist eine Bereicherung für das ganze Leben. Doch nicht nur das, auch die Freiheit, sein Leben selbst zu gestalten und die Zeit zu nutzen, über sich und seine Zukunft nachzudenken, ist gerade in der schwierigen Zeit heute ein großes Privileg. Die Herzenswärme, die Freundlichkeit und die vielen lächelnden Kindergesichter kann mir keiner aus meinen Erinnerungen nehmen und ich bin mir sicher, dass ich hier Hilfe und Freunde für mein Leben gefunden habe. ○

Radtour der guten Nachbarschaft

2006 finden wieder die von der Gesellschaft für gute Nachbarschaft zu Polen organisierten, inzwischen traditionellen Radtouren statt, die mit ihren polnischen Partnern vom LZS Gorzów organisiert werden:

Vom 24.06.-01.07.2006 die Radtour der guten Nachbarschaft nach Mielno an der Ostsee und

vom 22. - 29.07.2006 das Fahrrad und Wandercamp in Kaszuby (Kaschubien); diese wald- und seenreiche Landschaft befindet sich südwestlich von Gdańsk/Danzig.

Der TeilnehmerInnenbetrag enthält die Leistungen während der Radtour bzw. während des Camps und 10,- Euro Organisationsaufwand für die Gesellschaft für gute Nachbarschaft. Die Teilnehmergebühren betragen:

- Radtour der guten Nachbarschaft 330,- Euro p.P.;

- Fahrrad- und Wandercamp 310,- Euro p.P., zusätzlich fallen hier 60,- Euro als

Transportkosten für den Bus an (jedoch nur, wenn alle Teilnehmer den Bus auch nutzen). Für das Fahrrad- und Wandercamp ist eine Mindestteilnehmerzahl von 25 erforderlich. Da unsere polnischen Partner zur Bindung der Quartiere Vorauszahlungen leisten müssen, sind wieder Ratenzahlungen fällig.

Weitere Informationen kann man auch im Internet unter www.gutenachbarn.de finden. Wir bitten alle, die das Internet nutzen, uns mit der Anmeldung ihre Email-Adressen mitzuteilen, damit wir Informationen effektiver verbreiten können. Geplant ist, Email-Nutzern die Rundschreiben und sonstigen Informationen nur noch online zukommen zu lassen.

Anmeldung/Rückfragen: Mirko Buggel, Gustav-Kurtze-Promenade 58, 15344 Strausberg, Tel.: 03341/486561, Email: m.buggel@guteNachbarn.de

Sprachradtouren 2006

Seit 2003 fanden 11 "Sprachradtouren" am Wochenende statt. Wie bisher freuen wir uns über jede Person, die gern gemütliches Radfahren mit dem Erlernen und Anwen-

den der für RadfahrerInnen wichtigen polnischen Redewendungen, dem Kennenlernen der polnischen grenznahen Regionen und dem Erleben einer angenehmen Atmosphäre in einer Gruppe von max. 8 Personen verbinden möchte. Die Touren beginnen jeweils am Sonnabend in einer grenznahen Stadt, führen über max. 50 km auf meist schwach befahrenen Strassen zu einer preiswerten Unterkunft und am Sonntag über ebenfalls max. 50 km zu einem grenznahen Bahnhof. In den Pausen beschäftigen wir uns z.B. mit Themen wie "Im Restaurant", "Erkundung nach dem Weg", "Im Hotel". Vielen gelang es, die Angst, einen Polen in dessen Muttersprache anzusprechen, zu überwinden.

Termine: April, Kostrzyn - Sulecin - Frankfurt/O, ca. 100 km

Mai: Schwedt - Chojna - Bad Freienwalde, (einzige Tour für Radler ohne Polnischkenntnisse), ca. 85-90 km

Juni oder Juli, Kostrzyn - Osno Lubuskie - Kostrzyn, pro Tag ca. 40 km u.a.

Interessenten wenden sich bitte an Michael Dressel, Tel. 030-9328645, e-Mail: michadressel@t-online.de ○

NEULANDPOGRANICZE

Fotografieprojekt der OSTKREUZ Schule für Fotografie & Gestaltung Berlin

Von Kai Ziegner

Seit November 2004 arbeiten 15 deutsche und polnische Fotografiestudentinnen und -studenten gemeinsam an einem Fotografieprojekt über das Grenzgebiet zwischen Deutschland und Polen. Dabei stehen Themen wie Lebensträume, Existenz, Vorurteile oder Vertreibung im Mittelpunkt. Von Mai bis Oktober 2006 zeigen die Studenten ihre Arbeiten im Rahmen einer ungewöhnlichen Ausstellung auf der neuen Stadtbrücke zwischen Görlitz und Zgorzelec. Dazu werden Fotografien großformatig vergrößert, wetterfest gemacht und so auf der Brücke installiert, dass Interessierte die Ausstellung als frei begehbare Galerie zwischen den Grenzstädten besuchen können. Zurzeit suchen die Studentinnen noch nach Unterstützung und Kooperationspartnern.



Foto: Urszula Wolek, OSTKREUZ Schule für Fotografie

„Woher kommt noch mal ihr Kollege?“, Krzysztof Dorniak beugt sich verstohlen hinüber zu Ula, einer polnischen Fotostudentin, die gerade Fragen ihres deutschen Kollegen Peter übersetzt hat. „Aus der DDR“, sagt sie und Krzysztof Dorniak lacht. „Na dann ist er ja so was wie ein Bruder“, sagt der Baggerfahrer aus Bogatynia (dt. Reichenau) und nippt an seinem kalt gewordenen Kaffee.

Krzysztof Dorniak, Mitte 40 und Vater von vier Kindern, ist Operator im Braunkohletagebau von Bogatynia, dem größten Kohlefördergebiet an der polnisch-deutschen Grenze. Mit seinem tonnenschweren Baggerkran bricht er Lehm und Kohle aus dem Boden. Ein Großteil davon wird im Kraftwerk der polnischen Kleinstadt zu Strom umgewandelt und auch nach Deutschland

geliefert. Krzysztof Dorniak steht im Mittelpunkt einer Reportage über den Kohlebergbau in Polen, die Peter, Student an der Ostkreuzschule, für das Projekt NEULANDPOGRANICZE machen möchte. 14 Tage lang will der junge, deutsche Fotograf den Baggerfahrer, seine Kollegen und ihre Familien mit der Kamera begleiten und so eine Geschichte über Bogatynia und die Braunkohle erzählen. Ohne die Hilfe seiner polnischen Kommilitonin Ula, die auch an der Ostkreuzschule in Berlin studiert, wäre er wohl nie bis in das Wohnzimmer von Krzysztof Dorniak vorgedrungen. Die Sprache hat dem Fotografen die Türen geöffnet.

Begegnungen und Kooperationen wie diese machen den Charakter des Fotografieprojektes NEULANDPOGRANICZE

aus. Über ihre Bilder und durch die Auseinandersetzung mit Sprache und Kultur, finden die jungen Leute zu einem Verständnis füreinander, das ihren Eltern oder Großeltern oft verwehrt geblieben ist.

Das Projekt haben die Studenten und Studentinnen in Eigenregie entwickelt. Ute Mahler, Leiterin der Fotoklasse, renommierte Porträtfotografin und Gründungsmitglied der Berliner Fotoagentur OSTKREUZ, unterstützt sie in der Auswahl der Bilder und gibt Anregungen für die Projektarbeit. Alles andere obliegt der Tatkraft und dem Engagement der StudentInnen. Polnische Partner suchen und finden, Themen recherchieren, Unterstützer und Geldgeber überzeugen oder das Konzept für die Ausstellung entwickeln, alles ist Teil der Ausbildung in der Fachklasse an der Ostkreuzschule. Die Schule hat sich zum Ziel gesetzt, eine neue Generation von Fotografen und Fotografinnen heranzubilden, die auch jenseits vonameratechnik und Computern Wege finden, Stellung zu beziehen und Meinungen in Bildform zum Ausdruck zu bringen.

„Kannst Du mir einen Brief schreiben, damit ich ins Ballhaus reinkomme?“, fragt Mariusz Forecki, Fotografiestudent aus Poznań, in seiner Email an die deutsche Studentin Dorothee. Forecki will einen Ball in Bad Muskau fotografieren, Englisch spricht er, nur eben Deutsch nicht. Nach zwei Telefonaten mit der deutschen Veranstalterin des Balls und einer schriftlichen Bitte um Fotoerlaubnis kann Mariusz Forecki seine Bilder machen.

Ein Jahr ist inzwischen vergangen, die meisten StudentInnen haben ihre Arbeiten schon abgeschlossen. Jetzt kommt die schwierigste Phase des Projektes, die gemeinsame Fotoauswahl, der Kampf um lieb gewordene Bilder. Mitte April muss die Auswahl stehen, denn ein Teil der Bilder soll im Rahmen von Wanderausstellungen im Grenzgebiet, in Deutschland und Polen gezeigt werden. Nicht alle StudentInnen haben während der 12 Monate an das Projekt geglaubt. Jetzt, wenige Wochen vor der Präsentation sind auch die ärgsten Zweifler und Zweiflerinnen wieder versöhnt. „Wenn es das Projekt nicht gäbe, wäre ich nie nach Polen gefahren“, sagt die Studentin Dorothee während einer Unterrichtsstunde an der Berliner Fotoschule. ○

Kontakt: OSTKREUZ Schule für Fotografie & Gestaltung Berlin, Fachklasse
Ute Mahler, Tel. 030. 927 944 14,
www.ostkreuzschule.de

OSTKREUZ, Agentur der Fotografen Berlin, Geschäftsführer Werner Mahler,
Tel. 030.473 739 3, www.ostkreuz.de

"Polenbegeisterung. Deutsche und Polen nach dem Novemberaufstand 1830"

Eine Ausstellung im Deutsch-Polnischen Jahr 2005/2006

Anlässlich des "Deutsch-Polnischen Jahres 2005/2006" zeigen das Königliche Schloss in Warschau und das Museum Europäischer Kulturen - Staatliche Museen zu Berlin die Ausstellung "Polenbegeisterung. Deutsche und Polen nach dem Novemberaufstand 1830". Die Ausstellung thematisiert den polnischen Novemberaufstand von 1830, der sich am 29. November 2005 zum 175. Male jährte. Sie zeigt die Dramatik des Aufstandsgeschehens und die Reflexionen in Europa und vor allem in Deutschland auf dieses Ereignis. Dazu zählt die großartige Solidarität mit den Trägern dieser Freiheitsbewegung, die nach der Niederschlagung aus Polen durch Deutschland in andere europäische Länder insbesondere nach Frankreich fliehen mussten.

Die Ausstellung zeigt ca. 250 Exponate von mehr als 40 Leihgebern aus Polen, Deutschland, der Schweiz und Frankreich. Darunter sind so hochkarätige Objekte wie der Autograph der "Polonia-Ouvertüre" von Richard Wagner, die unmittelbar im

und Januar in Warschau gezeigt wurde, wird sie vom 3. März bis 30. April in Berlin zu sehen sein. Geöffnet ist sie täglich außer Montag von 10 bis 18 Uhr.

Ergänzend zu dieser großen Ausstellung findet eine kleine Ausstellung mit dem

während seiner Berliner Inhaftierung für ihn einsetzte, und Alexander von Humboldt. Diese exponierte Biografie des polnischen Freiheitskämpfers, der Fußnoten in den Geschichtsbüchern Polens, Deutschlands, Frankreichs und Italiens hinterlassen hat, zeigt das Museum Europäischer Kulturen in der Kabinettausstellung in der Alten Nationalgalerie Berlin: **Geöffnet täglich ausser Montags von 10 bis 18 Uhr, Donnerstags bis 22 Uhr. Die Eröffnung dieser Ausstellung findet am 28.3. um 18 Uhr mit einem Vortrag von Daniela Fuchs statt.** Aber auch das weitere Begleitprogramm ist interessant. Es reicht von historischen Vorträgen über einen musikalisch-literarischen Abend bis zu kulinarischen Reiseberichten. Nähere Informationen und das aktuelle Programm unter <http://www.smb.spk-berlin.de/smb/sammlungen/details.php?objID=10&lang=de> kfo.



Los des Frankfurter Frauen- und Mädchenvereins zur Unterstützung der verbannten Polen, 1832

© Institut für Stadtgeschichte Frankfurt am Main

Zusammenhang mit diesen Ereignissen komponiert wurde. Ebenso eindrücklich ist das Gemälde "Finis Poloniae 1831 oder Der Polen Abschied vom Vaterlande" von Dietrich Monten aus der Alten Nationalgalerie der Staatlichen Museen zu Berlin, das prägnanteste Beispiel für die deutsche Solidarität.

Nachdem die Ausstellung im Dezember

Titel „Ein europäischer Freiheitskämpfer - Ludwik Mieroslawski 1814-1878“ statt. Der sich Zeit seines Lebens als Pole fühlende Ludwik Mieroslawski, als Sohn einer französischen Mutter und eines polnischen Vaters 1814 in Nemours geboren, wirkte in den 1840er Jahren an mehreren Orten Europas als Anführer revolutionärer Aufstände. Weit über Polen hinaus gilt der General,

Schriftsteller und Publizist Mieroslawski als Kopf eines Freiheits- und Unabhängigkeitswillens, nicht zuletzt, da er sein Engagement für eine freie polnische Nation mit einer frühen Form von Internationalität verbunden hatte. Zudem stand Ludwik Mieroslawski in Kontakt mit herausragenden Persönlichkeiten seiner Zeit, so zum Beispiel mit Bettina von Arnim, die sich

Bereits zur Eröffnung im März beteiligt sich die „Deutsch-Polnische Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland e.V. - Gesellschaft für gute Nachbarschaft zu Polen“ am Deutsch-Polnischen Tag im Museum europäischer Kulturen, bei dem sich Vereine, die sich für eine aktive und partnerschaftliche deutsch-polnische Nachbarschaft einsetzen, präsentieren. Ebenso beteiligt sie sich an dem interessanten Rahmenprogramm der Ausstellung: **Samstag, 8. April, 15 Uhr: Unter dem Titel "Touren durch die Ersatz-Stadt - Polen in Berlin", wird ein Film über das Ankommen in Berlin und ein Projekt des Polnischen Sozialrates gezeigt. Es gibt Orte, die dürfen bei einer Stadtrundfahrt nicht fehlen - wie der Potsdamer Platz und die Alte Nationalgalerie. Richtig interessant wird es, wenn Maciej Berlin und Beata Waldek diese Orte als Ausgangspunkt für die Diskussion mit der Künstlerin Gülsün Karamustafa um Grenzen, Märkte, Vertragsarbeit und soziale Themen von Polen in Berlin aufsuchen. Im Anschluss an diese Veranstaltung findet eine Führung durch die Ausstellung statt.** kfo.○

Eine Information für unsere Abonnentinnen und Abonnenten von POLEN und wir sowie an die Mitglieder der Deutsch-Polnischen Gesellschaft der BRD e.V.

Der Bezugspreis für das Jahresabonnement von POLEN und wir und der Mitgliedsbeitrag für 2006 werden unmittelbar nach Erscheinen dieser Ausgabe eingezogen. Mitglieder und Abonnenten, die noch keinen Lastschrifteinzug erteilt haben, bitten wir um möglichst umgehende Überweisung auf das Konto der Gesellschaft: Nr. 34256430, Postbank Essen, BLZ: 36010043. Wir bitten auch um Überweisung Ihrer Spende auf dasselbe Konto.



Ein sehenswertes Museum in Krakau

Das Galizienmuseum in Kazimierz

Von Karl Forster

Etwas ungewöhnlich erscheint es auf den ersten Blick schon, dass ausgerechnet ein britischer Fotograf im ehemals jüdischen Stadtteil von Krakau, Kazimierz, ein Museum des jüdischen Galizien eröffnet. Chris Schwarz war nach Polen gereist, um bauliche Überreste jüdischer Kultur und Zivilisation im polnischen Galizien zu dokumentieren. Dabei entstand der Wunsch, das Ergebnis in einer Ausstellung in Krakau zu präsentieren. Im Herzen von Kazimierz, gleich neben der berühmten Szeroka Strasse, auf der die beeindruckendsten und wichtigsten jüdischen Bauten Krakaus wie die Alte Synagoge, die Remuh Synagoge und die alte "Poper" Synagoge zu finden sind, entstand im Jahre 2004 in der 920 Quadratmeter großen Fabrikhalle einer ehemaligen Möbelfabrik das Museum.

Die Konzeption und Zusammenstellung der Ausstellung bedurfte einer zwölf Jahre andauernden kreativen Zusammenarbeit zwischen dem britischen Fotografen Chris Schwarz und seinem Landsmann Professor Jonathan Webber. Das ausgestellte Bildmaterial ist während jahrelanger Reisen durch galizische Dörfer und Städte gesammelt worden und soll eine völlig neue Perspektive auf die jüdische Vergangenheit Polens, die fast nur noch in Form von Ruinen weiter existiert, eröffnen. Aus den diversen Relikten jüdischen Lebens und jüdischer Kultur, die heute noch zu sehen sind, soll ein Bild entstehen und Hilfestellung geleistet werden, die Spuren zu interpretieren, begreifbar zu machen.

Die Ausstellung versteht sich dabei nicht als historisch im konventionellen Sinne, es werden keine Bilder aus der Zeit vor dem zweiten Weltkrieg gezeigt. Vielmehr sollen Aufnahmen von Ruinen wie von restaurierten Orten, von kleinen versteckten Hinweisen auf die jüdisch-galizische Geschichte den Blick schärfen für das, was heute noch

sichtbar ist, und erahnen lassen, was einmal war.

Die Ausstellung "Spuren der Erinnerung - Eine Fotoausstellung in Gedenken der Juden Galiziens" besteht aus 150 großformatigen Farbfotografien, präsentiert in fünf Teilen, entsprechend verschiedener möglicher Herangehensweisen an die Thematik: Traurigkeit in der Konfrontation mit den Ruinen; Interesse an der ursprünglichen Kultur; Entsetzen über die Vernichtungsmaschinerie und schließlich Anerkennung für das Bemühen, die Spuren der Erinnerung zu erhalten. So sind am Schluss der Ausstellung einige Menschen zu sehen, die am Gedenken und der Wiederbelebung der jüdischen Vergangenheit Polens beteiligt sind. Dass dabei neben ehemaligen Auschwitz-Häftlingen, deutschen, polnischen und israelischen Jugendlichen, plötzlich auch Helmut Kohl bei seinem Auschwitz-Besuch gezeigt wird, ist wohl weniger ein ironischer Hinweis auf dessen problematische Visite der Gedenkstätte - er absolvierte den Pflichtbesuch in solcher

Eile, dass selbst Fotografen Mühe hatten, mitzukommen - als die in Polen häufig anzutreffende Naivität im Bezug auf seine Politik gegenüber Polen.

Interessant wie die anderen Fotos ist dann auch das Begleitprogramm. Das reicht von Vorträgen über "Hitlers List" (die unerwünschte jüdische Intelligenz) über Hebräisch- und Jiddisch-Kurse bis zu kostenlosem Englisch-Unterricht für die Kinder des Stadtteils Kazimierz.

Nun ist auch ein Katalog zu der Ausstellung "Spuren der Erinnerung" erschienen unter dem Titel "Photographing Traces of Memory: A Contemporary View of the Jewish Past in Polish Galicia". Er umfasst 190 Seiten mit über 70 Farbfotos der Ausstellung "Traces of Memory" und ist für 29 Euro auch über die Internetseite des Museums zu beziehen. Wer die Ausstellung selbst besuchen will, kann dies täglich (ohne Ruhetag) in der Zeit zwischen 9 und 20 Uhr tun. ○

**Das Foto oben stammt aus
der Ausstellung**

**Verlag Deutsch-Polnische Gesellschaft
der Bundesrepublik Deutschland e.V.
C/o Manfred Feustel
Im Freihof 3, 46569 Hünxe**

E i n l a d u n g

Die Gesellschaft für gute Nachbarschaft zu Polen - Regionalverband der Deutsch-Polnischen Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland e.V. lädt in Zusammenarbeit mit dem Verein "ideenfluß" e.V. in Görlitz alle Mitglieder und Interessenten ganz herzlich zum

7. Deutsch-Polnischen Gespräch "Görlitz und Zgorzelec auf dem Weg zur Kulturhauptstadt Europas"

am 10./11. Juni 2006 nach Görlitz ein.

Eine Diskussionsrunde wird sich mit der Konzeption der beiden Grenzstädte im Wettbewerb um die Kulturhauptstadt Europas 2010 befassen, eine andere mit den Erfahrungen in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Rahmen der Kommunalgemeinschaft Euroregion Neiße.

Am Sonntag wollen wir in einer Stadtführung Görlitz und Zgorzelec kennen lernen.

Der Teilnahmebeitrag beträgt 15,- €. Übernachtungsmöglichkeiten werden im Hotel "Jan" in Zgorzelec/Ludwigsdorf für ca. 40,00 € reserviert.

Fahrtkosten und Unterbringung hat jeder Teilnehmer bzw. jede Teilnehmerin selbst zu tragen.

Anmeldungen werden bis 30.4.2006 bei

**Dr. Stephan Wohanka
Nordbahnstraße 9
13359 Berlin
Tel.: 030-4947119
e-mail: Stwohanka@aol.com**

**Werner Stenzel
Galileistraße 26
12435 Berlin
Tel./Fax: 030-5334303**

oder Edeltraut Wolf, Dresden (Edeltraut.Wolf@rpdd.sachsen.de) erbeten.